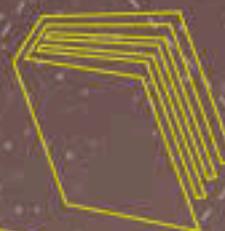


# OECD360 DEUTSCHLAND 2015



• Umweltverträgliches Wachstum



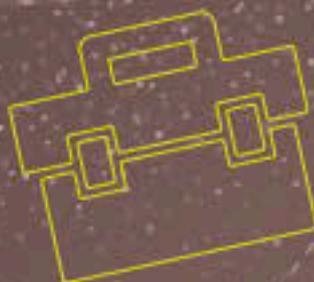
• Bildung



• Regionaler Fokus



• Wohlergehen



• Beschäftigung



• Entwicklung

## Wie schneidet Deutschland ab?



• Wirtschaft

• Statistik



• Soziale Krise



• Landwirtschaft



# Entdecken Sie OECD-Veröffentlichungen und Dienste



[www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop)



[www.oecd-ilibrary.org](http://www.oecd-ilibrary.org)



[www.youtube.com/OECDiLibrary](http://www.youtube.com/OECDiLibrary)



[www.twitter.com/oecdstatistik](http://www.twitter.com/oecdstatistik)



[www.facebook.com/oecdstatistik](http://www.facebook.com/oecdstatistik)

# Inhalt

## Wie schneidet **Deutschland** ab?

04	Vorwort des OECD-Generalsekretärs <b>Angel Gurría</b>	26	<b>Wohlergehen</b> in Deutschland 
06	<b>Deutschland und die OECD</b>	29	Jede <b>Region</b> kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird 
09	Deutschland <b>in Zahlen</b>	33	<b>Bildung</b> und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung 
13	<b>Wirtschaft</b> Das Wachstum fördern 	37	Messung der Fortschritte auf dem Weg zu <b>umweltverträglichem Wachstum</b> 
17	Schaffung von mehr und besseren <b>Arbeitsplätzen</b> 	41	<b>Agrarausblick</b> Nahrung für die Welt 
21	Von der Finanzkrise zur <b>Sozialkrise</b> 	45	<b>Entwicklung</b> Produktivität Die nächste Herausforderung 



# Einführung

## Über die OECD

**Zielsetzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ist es, eine Politik zu fördern, die das Wohlergehen von Menschen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht weltweit verbessert.**

Die OECD bietet Regierungen ein Forum, in dem sie Lösungen für gemeinsame Probleme erarbeiten, Erfahrungen austauschen und bewährte Verfahren ermitteln, um eine bessere Politik für ein besseres Leben zu fördern. Seit über 50 Jahren hilft die OECD dabei, weltweite Standards, internationale Übereinkommen, Vereinbarungen und Empfehlungen in Bereichen wie Zivilengagement und Bekämpfung von Bestechung und Korruption, verantwortliche Unternehmensführung, Entwicklung, internationale Investitionen, Steuern und Umwelt auszuarbeiten. Zusammenarbeit, Dialog, Konsens und Peer Review sind die prägenden Elemente der OECD in ihrem Bemühen, ihre Vision einer stärkeren, saubereren, gerechteren Weltwirtschaft und Gesellschaft zu verwirklichen.

In der OECD sind folgende Mitgliedstaaten vertreten: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Island, Irland, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Kommission nimmt an der Arbeit der OECD teil. Die OECD führt derzeit Beitrittsverhandlungen mit Kolumbien, Lettland und der Russischen Föderation\*. Sie arbeitet darüber hinaus mit mehr als 100 anderen Volkswirtschaften zusammen, dazu gehören unter anderem Schlüsselpartner wie Brasilien, China, Indien, Indonesien und Südafrika.

[www.oecd.org/about](http://www.oecd.org/about)

\* Die Aktivitäten in Verbindung mit dem Beitrittsverfahren der Russischen Föderation zur OECD sind vorläufig ausgesetzt

## Wichtige OECD-Quellen

Website der OECD:  
[www.oecd.org](http://www.oecd.org)  
[www.oecd.org/berlin](http://www.oecd.org/berlin)

OECD-Publikationen und -Daten:  
[www.oecd-ilibrary.org](http://www.oecd-ilibrary.org)  
 und [data.oecd.org/](http://data.oecd.org/)

OECD Observer:  
[www.oecdobserver.org/](http://www.oecdobserver.org/)

OECD Blog:  
[www.oecdinsights.org](http://www.oecdinsights.org)

## Beteiligen Sie sich

OECD Forum:  
[www.oecd.org/forum](http://www.oecd.org/forum)

OECD Global Parliamentary Network  
 (Weltweites Parlamentarisches Netzwerk der OECD):  
[www.oecd.org/parliamentarians](http://www.oecd.org/parliamentarians)

Twitter: @OECD  
 #OECD360

Facebook:  
[www.facebook.com/theOECD](http://www.facebook.com/theOECD)

Sollten Sie Druckausgaben wünschen, kontaktieren Sie bitte  
[OECD.Bookshop@oecd.org](mailto:OECD.Bookshop@oecd.org)

Online-Versionen sind verfügbar unter:  
[www.oecd360.org](http://www.oecd360.org)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente geben nicht notwendigerweise die offiziellen Ansichten der OECD oder ihrer Mitgliedstaaten wieder. Die Aufnahme von Inhalten aus fremden Quellen in die Publikation oder von Hyperlinks zu anderen Websites bedeutet nicht, dass die OECD die dort dargelegten Meinungen, Vorstellungen und Informationen billigt oder verantwortet. Bei etwaigen Abweichungen zwischen dem OECD-Originalinhalt und der Übersetzung ist nur der Wortlaut des Originalinhalts gültig.

Die vorliegende Publikation und darin enthaltenes Kartenmaterial werden ungeachtet des Status eines Gebiets oder der Hoheitsgewalt über dieses Gebiet, des Verlaufs internationaler Grenzen und der Namen von Gebieten, Städten oder Regionen verwendet.

Die statistischen Angaben für Israel werden von den entsprechenden israelischen Behörden vorgelegt, die dafür verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt ungeachtet des Status der Golanhöhen, von Ostjerusalem und israelischen Siedlungen im Westjordanland nach internationalem Recht.

Die Schaltung von Anzeigen in dieser Publikation bedeutet nicht, dass die OECD die darin genannten Produkte oder Dienstleistungen unterstützt. Die Nennung bestimmter Unternehmen oder Produkte bedeutet nicht, dass diesen Vorrang vor anderen nicht genannten Unternehmen oder Produkten ähnlicher Art eingeräumt wird. Die in der Broschüre genannten, verwendeten oder zitierten Markenzeichen, Logos, Dienstleistungsmarken, Kollektivmarken, Musterrechte, Persönlichkeitsrechte oder ähnliche Rechte sind Eigentum der jeweiligen Inhaber.

## Vorwort

# Nachhaltiges und integratives Wachstum: die richtige Vorgehensweise

---



**Angel Gurría**  
Generalsekretär der OECD  
©OECD

**D**ie Krise ist noch nicht überwunden. Das Wachstum zieht wieder an, jedoch zu langsam; die Arbeitslosigkeit geht zurück, aber nicht in ausreichendem Umfang; die zunehmende Ungleichheit in unseren Gesellschaften gibt Anlass zur Sorge und das Vertrauen in Regierungen und demokratische Institutionen schwindet zusehends. Die Regierungen müssen dringend einen „Policy-Mix“ schaffen, der zu einem Fortschritt auf diesen Gebieten führt, um sicherzustellen, dass wir auf dem richtigen Kurs zu einem nachhaltigen und integrativen Wachstum bleiben.

Die OECD befindet sich in der einzigartigen Lage, Regierungen bei der Quadratur dieses Kreises zu unterstützen, da die Organisation seit mehr als einem halben Jahrhundert Daten und Analysen zu den Aufgabenbereichen von Regierungen - von der Landwirtschaft bis zur Arbeitslosigkeit - sowie Empfehlungen zu Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder Zivilengagement bereitstellt.

Politik ist kein Selbstzweck - der Sinn einer besseren Politik besteht darin, für ein besseres Leben unserer Bürger zu sorgen. Die OECD kann Regierungen nicht nur aufzeigen, wie sich verschiedene Sektoren in ihren eigenen Ländern entwickeln, sondern auch wie andere Länder abschneiden, und zusammen können wir diese Informationen nutzen, um bewährte Verfahren zu identifizieren, die uns dabei helfen können, eine bessere Politik zu gestalten.

*OECD360* stellt eine Auswahl der neuesten OECD-Ergebnisse zu wichtigen Themen wie Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Wachstum und Bildung vor und vermittelt ein Gesamtbild des

wirtschaftlichen und individuellen Wohlergehens in Ländern. Es präsentiert nationale Daten und stellt diese in einen Gesamtzusammenhang mit der OECD. *OECD360* kann darüber hinaus die gegenseitige Wechselwirkung der verschiedenen Bereiche aufzeigen – es veranschaulicht beispielsweise, wie sich das Bildungssystem eines Landes im Vergleich zu anderen Ländern entwickelt und in welchem Umfang Bildung der Schlüssel für einen guten Arbeitsplatz in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit ist.

Das Magazin stellt die neuesten OECD-Analysen über das weitere Vorgehen in einer Reihe von Schlüsselbereichen vor und enthält die aktuellen Empfehlungen der OECD zur Bewältigung der dringendsten Herausforderungen unserer Gesellschaft: Wie gewährt man soziale Unterstützung zielgerichtet solchen Menschen, die sie wirklich brauchen, und

**„Die OECD ist stolz, mit und für Deutschland zu arbeiten. Zusammen können wir hier und weltweit eine bessere Politik für ein besseres Leben voranbringen.“**

wie stellt man sicher, dass die Bereitstellung und Qualität von wichtigen Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung nicht durch knappe Haushaltsmittel beeinträchtigt werden? Wie schafft man mehr und bessere Arbeitsplätze, wie fördert man Fähigkeiten und Kenntnisse, die der Arbeitsmarkt in naher Zukunft verlangt? Wie fördert man ein Wachstumsmodell, das Chancen für alle eröffnet und niemanden außen vor lässt? Wie nähert man sich einer CO<sub>2</sub>-armen umweltverträglichen Wirtschaft, die unsere Lebensstandards verbessert, ohne dass dies auf Kosten künftiger Generationen geschieht?

Diese Fragen sind für alle Regierungen von Bedeutung. Die OECD arbeitet mit ihren Mitglieds- und Partnerländern zusammen, um nach Lösungen für diese Herausforderungen zu suchen und dabei die beispiellosen Möglichkeiten zu nutzen, die eine immer enger vernetzte Welt bietet.

Ich hoffe sehr, dass der 360°-Rundumblick, den dieses neue Produkt zu Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bietet und der die zahlreichen unterschiedlichen Bereiche unserer Arbeit in Ihrem Land vereint, zu unserem gemeinsamen Verständnis beitragen kann, wie man Wohlergehen fördert. Die OECD ist stolz, mit und für Deutschland zu arbeiten. Zusammen können wir hier und weltweit eine bessere Politik für ein besseres Leben voranbringen.



**Angel Gurría**  
Generalsekretär der OECD



Dr. Hans-Jürgen  
Heimsoeth  
Botschafter

©OECD/ Michael Dean

## OECD ein wichtiger Partner für Deutschland

Die OECD ist ein bedeutendes Forum der internationalen Zusammenarbeit: Ihre Mitgliedsstaaten haben das Ziel, Wirtschaft und Handel zu fördern, den Kapitalverkehr und das Steuerwesen zu regeln, die Entwicklungspolitik effizienter zu gestalten sowie in den Bereichen Arbeitsmarkt, Umwelt, Bildung und Wissenschaft nach nachhaltigen Ansätzen zu suchen. Sie ist zugleich eine internationale Organisation zur Entwicklung von gemeinsamen Standards („soft law“) und eine ständige Konferenz mit intensivem Informations- und Meinungs austausch nicht nur zwischen Regierungsvertretern, sondern auch unter Beteiligung von Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen. Die OECD wurde am 14. Dezember 1960 gegründet und feierte 2011 ihren 50. Jahrestag. Generalsekretär ist seit 2006 der frühere mexikanische Außen- und Finanzminister Ángel Gurría.

Derzeit hat die OECD 34 Mitgliedsländer, 21 Staaten der EU sowie die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien,

Neuseeland, Norwegen, Schweiz, Island, Türkei, Israel, Japan, Südkorea, Mexiko und Chile. Kolumbien und Lettland befinden sich seit 2013 in einem offiziellen Beitrittsverfahren. Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler der OECD und trägt mit 29 Millionen Euro rund 8,1% zum Gesamthaushalt der Organisation bei. Im Jahr 2013 hatte die OECD knapp 3000 Beschäftigte, davon sind ca. 190 Deutsche.

Die OECD hat ein Interesse, mit ihren auf den Prinzipien der Marktwirtschaft, des fairen Wettbewerbs und auf Nachhaltigkeit basierenden Politikempfehlungen auch die aufstrebenden Volkswirtschaften zu erreichen, um deren Integration in die globale Wirtschaftsstruktur zu fördern. Die OECD baut daher ihre Beziehungen zu China, Indien, Brasilien und Südafrika und anderen Schwellenländern weiter aus. Aus demselben Grund ist sie auch ein aktiver Partner der G20 und G7.

**Bundeskanzlerin Merkel trifft OECD-Generalsekretär Gurría bei ihrem Besuch der OECD am 19. Februar 2014**  
©OECD/ Julien Daniel



**Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Leitern der internationalen Organisationen am 13. Mai 2014 im Bundeskanzleramt.** © OECD/ Axel Schmidt



Im Februar 2014 besuchte Bundeskanzlerin Merkel die OECD. Nach ihrem Gespräch mit OECD-Generalsekretär Gurría ging die Kanzlerin in ihrer Rede auf die aktuellen Probleme der Weltwirtschaft, Europas und Deutschlands ein. Sie würdigte die OECD als einen wichtigen Ratgeber für die Umsetzung der Strukturreformen, die notwendig sind, um Europa im Zeitalter der Globalisierung wettbewerbsfähig zu halten. Deutschland habe als größte Volkswirtschaft Europas eine besondere Verantwortung.

Im Mai 2014 stellte OECD Generalsekretär Gurría in Berlin zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Gabriel den jüngsten OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland vor. Er empfiehlt Reformen im Bankensektor sowie bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen und entwickelt Vorschläge, um das Wirtschaftswachstum sozial gerecht zu gestalten. Wie bereits mehrfach zuvor nahm OECD Generalsekretär Gurría an einem Treffen der Bundeskanzlerin mit den Leitern internationaler Wirtschaftsorganisationen (Internationaler Währungsfonds IWF, Weltbank, Welthandelsorganisation WTO und der Internationalen Arbeitsorganisation ILO) teil.

Die Bundesregierung misst der Arbeit der OECD hohe Bedeutung bei. Die vom OECD-Sekretariat erarbeiteten Statistiken, Analysen, Prognosen und Strategien stellen für sie wichtige politische Entscheidungshilfen dar. Darüber hinaus schätzt sie den Erfahrungsaustausch (Politikdialog; „best practices“) mit den anderen Mitgliedstaaten, für den die Organisation einen wertvollen Rahmen liefert. Auch der innerhalb der OECD institutionalisierte Dialog mit den Gewerkschaften (TUAC) und Arbeitgeberverbänden (BIAC)

sowie mit relevanten Nichtregierungsorganisationen ist hier hervorzuheben.

Durch die Verbreitung ihrer Politikstrategien auch außerhalb des OECD-Raums setzt die OECD Standards und nimmt Einfluss auf die Gestaltung der globalen ökonomischen Governance. Auf Bitten der G20 hat die OECD 2014 einen einheitlichen Standard für den automatischen Informationsaustausch von Steuerdaten entwickelt und arbeitet derzeit daran, missbräuchliche Steuervermeidungspraktiken international operierender Unternehmen einzuschränken (BEPS – „Base erosion and profit shifting“).

Beispiele für OECD-Übereinkünfte, denen sich vielfach auch Nicht-Mitgliedsländer angeschlossen haben, sind z. B.

- OECD Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
- Konvention zur Bekämpfung der Korruption
- Leitsätze für multinationale Unternehmen
- Übereinkommen über öffentlich unterstützte Exportkredite
- Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Chemikaliengestoffen
- OECD System zur Klassifizierung von Risiken durch Chemikalien

Die OECD beschäftigt sich weiterhin aktuell mit Fragen, wie Wachstum möglichst inklusiv gemacht und Lebensqualität jenseits der BIP-Kennzahlen definiert werden kann.

©iStockphoto.com/ Elisa Locci



## Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD

Zu den Aufgaben der Ständigen Vertretung gehören insbesondere die Teilnahme an Sitzungen des OECD-Rats und der zahlreichen Komitees, die Berichterstattung an die Bundesregierung, die politische Koordinierung (auch im EU- und G7-Rahmen), die Vertretung deutscher Personalinteressen gegenüber der OECD sowie die Klärung organisatorischer Fragen im Zusammenhang mit der Teilnahme von Vertretern der Bundesregierung, des Bundestages, der Bundesministerien und anderer Institutionen an OECD-Sitzungen.

Auch aufgrund des breiten Themenspektrums kommen viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vertretung nicht nur aus dem Auswärtigen Amt, sondern ebenfalls vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) sowie der Bundesbank.

Ständiger Vertreter ist seit dem 16. Juli 2012 Botschafter Dr. Heimsoeth. Er ist zugleich Vorsitzender des „Development Centre“ der OECD, dem 42 Staaten, darunter 22 Schwellen- und Entwicklungsländer außerhalb der OECD, angehören. Ziel des Zentrums ist es, Experten aus Regierung, Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Mitgliedsstaaten sowie der Entwicklungs- und Schwellenländer zusammenzubringen zur Analyse und Lösung ökonomischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen der globalen Entwicklung.

## Das OECD Berlin Centre

Das OECD Berlin Centre ist die Vertretung der OECD für den deutschsprachigen Raum und in vielfältiger Form ein Servicezentrum und Bindeglied zwischen der OECD-Zentrale in Paris und den verschiedenen OECD-Partnern in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Es hält Kontakt zu den Regierungen, Parlamenten, Parteien, politischen Stiftungen, Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen. In Konferenzen und Podiumsdiskussionen mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft regt es zum Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie zu Themen rund um die Globalisierung an. Das Centre bildet auch die zentrale Anlaufstelle für deutschsprachige Medienvertreter und informiert auf Pressekonferenzen und Pressebriefings über wichtige OECD-Publikationen, häufig gemeinsam mit Regierungsmitgliedern. Es organisiert weiterhin den Vertrieb der zahlreichen OECD-Publikationen und vertritt die OECD auf den großen Buch- und Bibliothekarsmessen.

Leiter des OECD Berlin Centre ist seit 2002 Heino von Meyer.

**Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD**

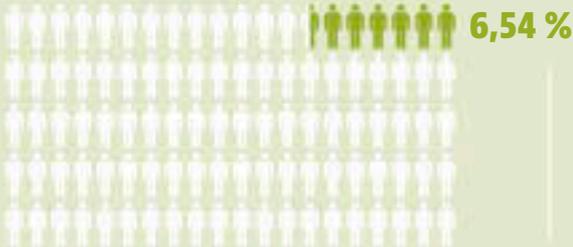
# Deutschland in Zahlen

## > WISSENSDATENBANK

- Datenquelle: <http://data.oecd.org/germany.htm>
- *Die OECD in Zahlen und Fakten 2014: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/factbook-2014-de>
- *Regierung und Verwaltung auf einen Blick 2013*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209541-de>
- *Society at a Glance 2014: OECD Social Indicators*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/soc\\_glance-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2014-en)
- Alle OECD-Statistiken: <http://www.oecd-ilibrary.org/statistics>

## Leben und Arbeit

Bevölkerung Deutschlands als Anteil an der Gesamtbevölkerung der OECD, 2012



### Einkommensungleichheit

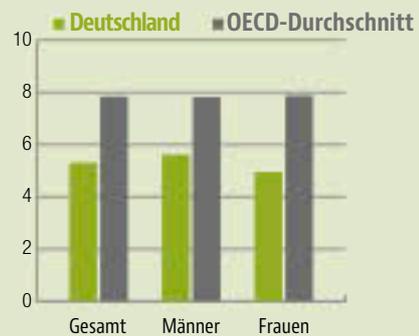
Gini-Index, 2012 oder neueste verfügbare Daten



Der Gini-Index bewertet das Ausmaß, in dem die Verteilung des Haushaltseinkommens von absolut gleicher Verteilung abweicht. Ein Gini-Index mit dem Wert Null bedeutet absolute Gleichheit, während ein Wert von 1 für absolute Ungleichheit steht. (Dieses Diagramm zeigt den Gini-Index für OECD-Länder.)

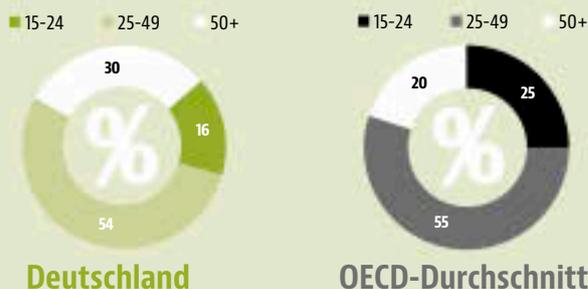
### Arbeitslosenquote

% der Erwerbsbevölkerung, 2013



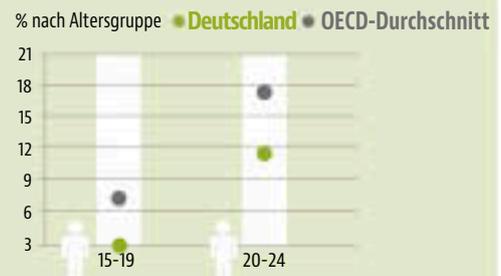
### Arbeitslose nach Altersgruppe

% der Gesamtzahl der Arbeitslosen in jeder Altersgruppe, 2013



### Verlorene Generation?

Junge Erwachsene, die weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind (NEET), 2012



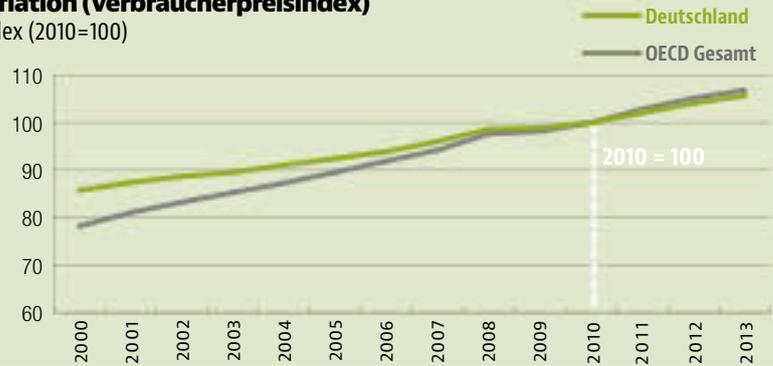
# Deutschland in Zahlen

## Wirtschaftssituation

**Deutschland in der OECD-Wirtschaft**  
% des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) der OECD, 2013



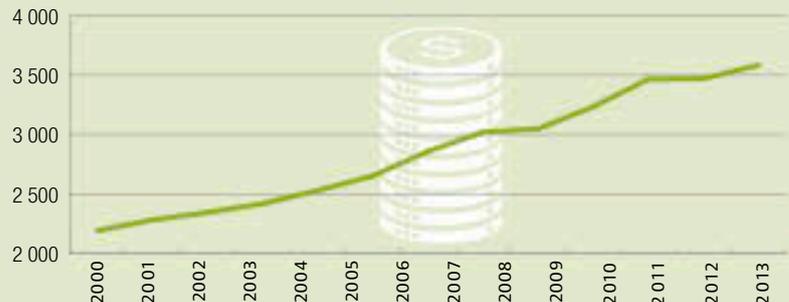
**Inflation (Verbraucherpreisindex)**  
index (2010=100)



**Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
In USD pro Kopf, 2013



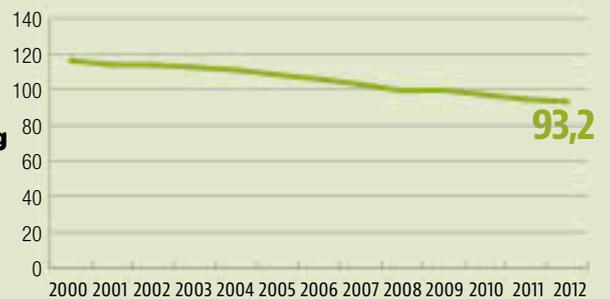
**Bruttoinlandsprodukt (BIP)**  
Mrd. USD



## Ersparnisse und Ausgaben



**Private Haushaltsverschuldung**  
% des verfügbaren Haushaltseinkommens



**Private Haushaltersparnisse**  
% des verfügbaren Haushaltseinkommens



# Steuersituation

**Gesamtsteueraufkommen**  
Mrd. USD (aktuelle Preise), 2011

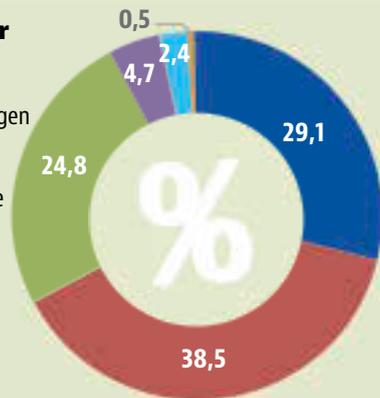


**Gesamtsteueraufkommen 1988-2011**  
Mrd. USD (aktuelle Preise)

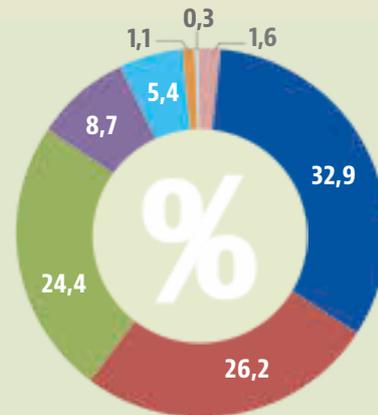


**Steueraufkommen nach Sektor**  
% der Gesamtsteuer, 2011

- Steuern auf Waren und Dienstleistungen
- Sozialversicherungsbeiträge
- Steuern auf Einkommen und Gewinne
- Körperschaftssteuer
- Grundsteuer
- Lohnsteuer
- Kapitalertragssteuer
- Sonstige Steuern



Deutschland



OECD-Durchschnitt

Abweichungen der Summe von 100 % sind rundungsbedingt.

# Energie und Umwelt

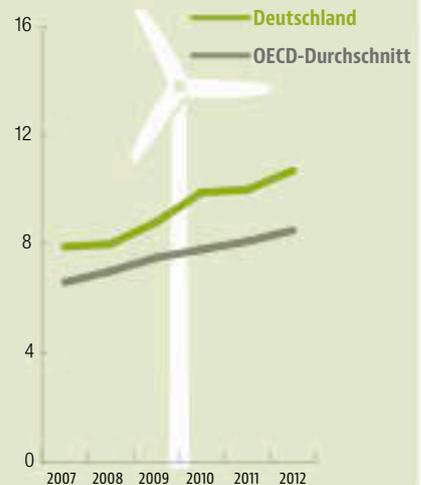
**Luftverschmutzung Kohlendioxidemissionen**  
Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf



**Siedlungsabfälle**  
kg pro Kopf, 2011



**Erneuerbare Energie**  
% der gesamten Energieerzeugung





# Wie wird **ein besseres Leben** gemessen?

Seit über einem Jahrzehnt befasst sich die OECD mit der Bestimmung des gesellschaftlichen Fortschritts – Wege, die uns über das BIP hinaus bringen, um die Aspekte zu untersuchen, die sich auf das Leben der Menschen auswirken.

Im Jahr 2011 führten wir den OECD Better Life Index ein, eine interaktive Website, auf der sich die Menschen ansehen können, wie ihr Land bei verschiedenen Themen (z. B. saubere Luft, Bildung, Einkommen, Gesundheit) abschneidet, und die es ihnen ermöglicht, ihre Gedanken durch ihren persönlichen Better Life Index zu teilen.

Über 5 Millionen Menschen aus 184 Ländern haben die BLI-Website besucht, und fast 100 000 haben ihren persönlichen Better Life Index erstellt und mit der OECD geteilt. Durch dieses Feedback konnten wir feststellen, dass Gesundheit, Lebenszufriedenheit und Bildung weltweit oberste Priorität beim Wohlergehen haben.

Was ist Ihnen am wichtigsten?

**Erstellen Sie Ihren Better Life Index und lassen Sie uns daran teilhaben unter:**

[www.oecdbetterlifeindex.org/de/](http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/)



## INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2015), *Economic Policy Reforms 2015: Going for Growth*, OECD Publishing  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/growth-2015-en>



# Das Wachstum fördern

**Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind noch immer spürbar – die Weltwirtschaft steht nach wie vor auf schwachen Beinen und die soziale Not ist gewachsen. Junge Menschen müssen die schlimmsten Einkommenseinbußen hinnehmen und sind einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt. Und die Regierungen stehen vor langfristigen Herausforderungen wie der Überalterung der Bevölkerung und dem Klimawandel. Wie können Regierungen Umstrukturierungen und Reformen in politischen Bereichen vornehmen, um dem Wachstum auf die Sprünge zu helfen, ohne dabei die Ungleichheit zu vergrößern oder die Zerstörung der Umwelt voranzutreiben?**

Die Finanzkrise und die weiterhin gedämpfte Erholung haben in den meisten Industrieländern zu einem geringeren Wachstumspotenzial geführt, während sich viele Schwellenländer einem Abschwung gegenübersehen. Zu den politischen Herausforderungen gehören in nächster Zeit eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, eine Verlangsamung der Produktivität, ein hohes Staatsdefizit und eine hohe Staatsverschuldung sowie die noch vorhandene Anfälligkeit des Finanzsektors. Die Krise hat die soziale Not noch verschärft, da einkommensschwache Haushalte schwer getroffen wurden, wobei junge Menschen die größten Einkommenseinbußen hinnehmen müssen und einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt sind. Zu den langfristigen Herausforderungen zählen der Umgang mit der Überalterung der Bevölkerung sowie die Auswirkungen eines höheren Qualifikations voraussetzenden technologischen Wandels auf die Einkommensungleichheit und die Auswirkungen der Umweltzerstörung auf die Gesundheit und das künftige Wachstum. Zur Bewältigung vieler der kurz- und mittelfristigen Herausforderungen, vor denen sowohl Industrieländer als auch Schwellenländer stehen, sind solide strukturpolitische Maßnahmen erforderlich.

Die Publikation *„Das Wachstum fördern“* bietet Regierungen eine umfassende Bewertung der Auswirkungen politischer Reformen auf das Wohlergehen ihrer Bürger und unterstützt sie bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmenpakete, mit denen sich ihre Zielsetzungen am besten umsetzen lassen. Der Bericht stellt wichtige Reformschwerpunkte vor, um Realeinkommen und die Beschäftigungslage in Industrieländern und großen Schwellenländern zu verbessern. Zu den Schwerpunkten gehören insbesondere die Produkt-

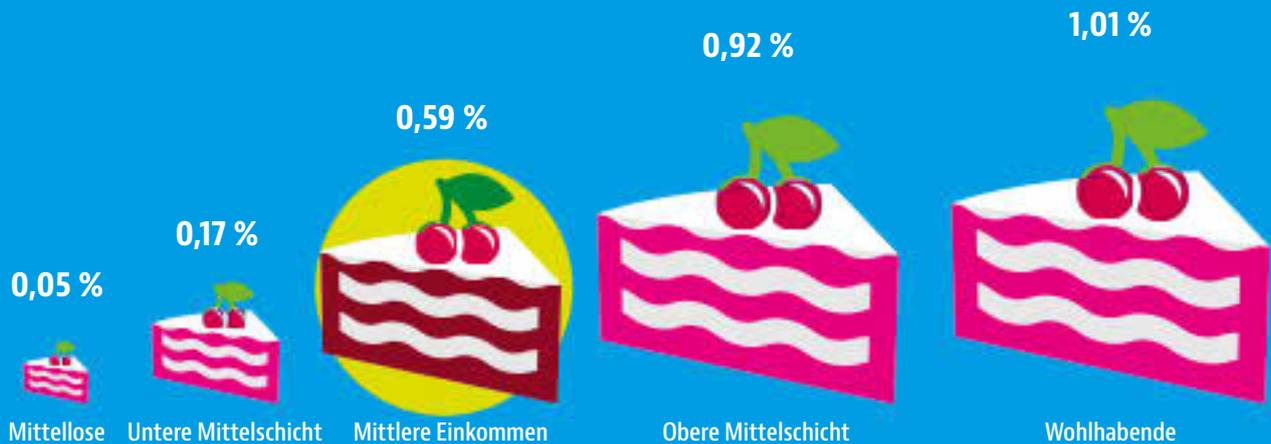
und Arbeitsmarktregulierung, die allgemeine und berufliche Bildung, Steuer- und Sozialleistungssysteme, Handels- und Investitionsvorschriften sowie Innovationsmaßnahmen. Der Bericht *„Das Wachstum fördern“* hat wesentlich zur Ausarbeitung der Wachstumsstrategien der G20-Staaten beigetragen, um ihr gemeinsames Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2 % zu erhöhen. Dies war eine der wichtigsten politischen Zielsetzungen der G20 im Jahr 2014, um ein nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu erreichen.

Der Hauptfokus der Publikation *„Das Wachstum fördern“* liegt auf der mittelfristigen Verbesserung des materiellen Lebensstandards; der Bericht gibt jedoch auch Aufschluss über Kompromisse und ergänzende Aspekte zu anderen Zielen im Zusammenhang mit dem Wohlergehen, so beispielsweise die Verringerung der Einkommensungleichheit und die Verminderung der Umweltbelastung. Der Bericht erörtert insbesondere die Auswirkungen wachstumsorientierter Strukturreformen auf das Lohngefälle und die Einkommensungleichheit von Haushalten und prüft, ob spezifische Maßnahmen der letzten Jahrzehnte zur Förderung des BIP-Wachstums ebenfalls zur Vergrößerung der Ungleichheiten beigetragen haben könnten. Ferner beleuchtet der Bericht die durch das Wirtschaftswachstum bedingte Umweltbelastung. Der Bericht geht in diesem Zusammenhang auf die Rolle von Strukturreformen und Umweltmaßnahmen ein und verweist auf die Wichtigkeit der Entwicklung geeigneter umweltpolitischer Maßnahmen sowie auf ihre Folgen für Produktivitätssteigerungen. Diese Ausgabe von *„Das Wachstum fördern“* enthält nicht zuletzt ein eigenes Kapitel über die allgemeinen Entwicklungen bei den Strukturreformen seit Beginn der 2000er Jahre.

# Aus der Statistik

## Ungleiche Verteilung des Wachstums

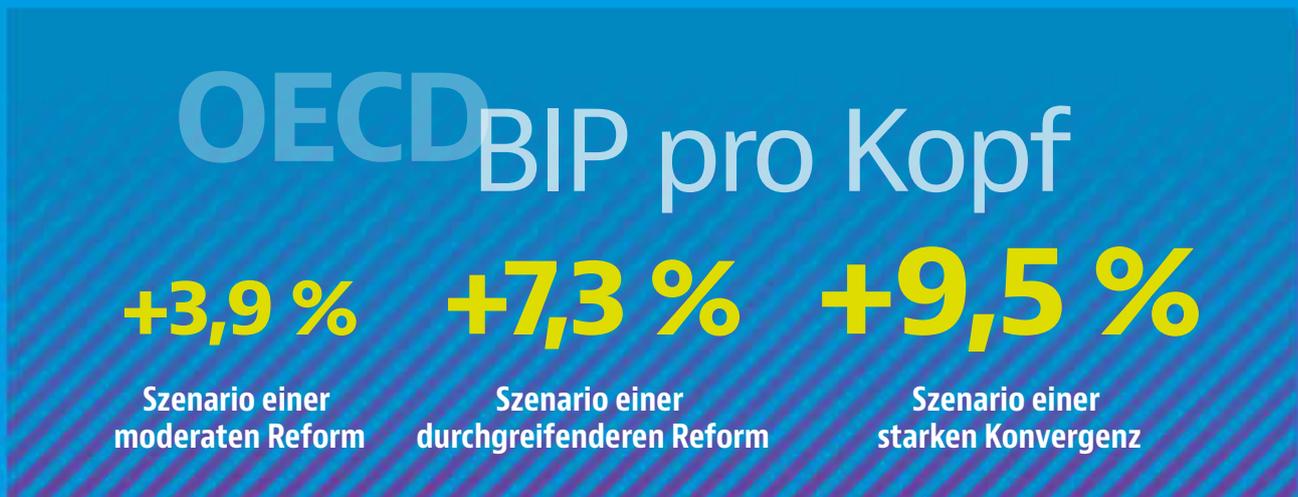
Jahreswachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens im OECD-Durchschnitt, 1995-2011, %



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933177441>

## Erheblicher möglicher Nutzen durch die Anwendung bewährter Verfahren

OECD-Durchschnitt des möglichen Nutzens beim BIP pro Kopf durch weiterreichende Reformen



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933177586>

## Reformen in der OECD nehmen ab, außerhalb der OECD zu Umsetzung von Reformempfehlungen zur Wachstumsförderung



**OECD**



**BRICS**

# Das Wachstum fördern

## Fortschritt bei den Strukturreformen seit 2013

In den letzten beiden Jahren hat sich in den meisten Industrieländern der OECD das Tempo der Strukturreformen verlangsamt. Dem ging eine Periode erheblicher Beschleunigung im Anschluss an die Krise voraus, die teilweise auf den Marktdruck im Zuge der schuldenbedingten Turbulenzen in der Eurozone zurückzuführen war. Die Reformtätigkeit ist nach wie vor hoch, wenn auch in Griechenland, Irland, Portugal und Spanien ein Rückgang zu verzeichnen ist, während sie in Japan zugenommen hat. In den meisten nordischen Ländern und den Kernstaaten der Eurozone bleibt sie weiterhin relativ schwach ausgeprägt. Mit Blick auf die Bedeutung von wissensbasiertem Kapital und Arbeitskräften mit ergänzenden beruflichen Qualifikationen als Wachstumsquelle und unter Berücksichtigung der unvermindert hohen Arbeitslosigkeit angesichts einer schwachen Erholung haben Länder in der gesamten OECD den Bereichen Bildung und aktive Arbeitsmarktpolitik Priorität eingeräumt. In großen Schwellenländern hat das Reformtempo zugenommen, was die Sensibilität für Wachstumsengpässe und -hemmnisse sowie die Notwendigkeit verdeutlicht, die Anfälligkeit für Fluktuationen bei Rohstoffpreisen und Kapitalströmen zu verringern.

## Neue Reformprioritäten

Die Arbeitsproduktivität ist die Hauptantriebskraft für ein langfristiges Wachstum. Reformen, die auf die Entwicklung von beruflichen Qualifikationen und wissensbasiertem Kapital ausgerichtet sind, sollte Priorität eingeräumt werden. Die Verbesserung der Qualität und Integrationsfähigkeit der Bildungssysteme trägt dem Rechnung. Der Schlüssel zu einem höheren Wachstum liegt in der Umverteilung von Ressourcen infolge notwendiger Anpassungen. Die Regierungen müssen ihre Wettbewerbs- und Innovationspolitik verbessern, um neuen Firmen den Markteintritt und eine reibungslose Umverteilung von Kapital und Arbeitskräften hin zu den Firmen und Sektoren mit der größten Produktivität zu erleichtern. In den südlichen Ländern der Eurozone sind vor allem im Dienstleistungsbereich Produktmarktreformenten vonnöten, um die Vorteile der in den vergangenen Jahren eingeleiteten Arbeitsmarktreformenten auszunutzen. Durch die Beseitigung von Hindernissen für eine höhere Beschäftigung und die Beteiligung von unterrepräsentierten Gruppen wie Frauen, Jugendlichen, geringqualifizierten und älteren Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt kann Wachstum integrativer gestaltet werden. Eine schnellere Umverteilung auf neue Arbeitsplätze und die Möglichkeit für Arbeitnehmer, ihre berufliche Qualifikation zu verbessern, würde der Beschäftigung weiter Auftrieb geben und die Integration fördern.

## Wachstumsorientierte Strukturreformen und Einkommensverteilung

Einige wachstumsorientierte Maßnahmen, die das BIP durch eine erhöhte Produktivität steigern, können zu technologiebedingter Ungleichheit führen. Reformen, die beispielsweise die Innovation fördern, können eine breitere Lohnskala der Beschäftigten zur Folge haben. Auch andere Maßnahmen, die die Beteiligung der Arbeitnehmer und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, vergrößern das Lohngefälle. Da diese Maßnahmen jedoch zu einer Erhöhung der Beschäftigung beitragen, nicht zuletzt unter den

gering qualifizierten Arbeitnehmern, wirken sich solche Reformen neutral auf die Verteilung des verfügbaren Einkommens der Haushalte aus. Angesichts der in vielen Ländern bestehenden Notwendigkeit, wachsende Ungleichheiten und Härten zu bekämpfen, sollten die Regierungen wachstumsorientierten Maßnahmenpaketen, die Gleichheit und Integrationsfähigkeit fördern, Vorrang einräumen. Dabei ist es vor allem wichtig, die Verdienstmöglichkeiten von Geringqualifizierten zu verbessern und Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

## Wachstumsorientierte Strukturreformen, Umwelt und Umweltmaßnahmen

Wirtschaftswachstum geht gewöhnlich mit einer höheren Umweltbelastung einher. Das Verhältnis zwischen Wachstum und Umwelt wird dabei sowohl von Umweltmaßnahmen als auch von dem strukturpolitischen Rahmen beeinflusst, innerhalb dessen die Maßnahmen umgesetzt werden.

Einige wachstumsfördernde Reformen wie höhere Umweltsteuern, die Einführung von Straßenbenutzungsgebühren oder die Beseitigung schädlicher Subventionen können positiv für die Umwelt sein. Andere Reformen verbessern die Wirksamkeit von Umweltmaßnahmen. Dies trifft auf die Verbesserung von Rechtsvorschriften oder der Wettbewerbspolitik zu. Umweltmaßnahmen, die in Bezug auf die Wahl von Technologien flexibel und neutral sind und Wettbewerbsbeschränkungen verringern, können die Umwelt wirksam schützen, ohne die gesamtwirtschaftliche Produktivität wesentlich zu beeinträchtigen.

## Entwicklungen bei Reformen seit 2005

Seit der ersten Ausgabe von „Das Wachstum fördern“ im Jahr 2005 ist das Tempo der Strukturreformen in den OECD-Ländern im Durchschnitt mehr oder weniger konstant geblieben, wobei nach der Krise eine merkliche Beschleunigung zu verzeichnen war. Die Reformtätigkeit hat in einigen Politikbereichen zu einer erheblichen Verbesserung geführt. Dies trifft auf die Produktmarktregulierung, die Gestaltung der Rentensysteme und Programme für Einkommensbeihilfen bei Arbeitslosigkeit zu. Die seit Beginn der 2000er Jahre umgesetzten Strukturreformen haben insgesamt in den Ländern zu einer Erhöhung des potenziellen Pro-Kopf-BIP um durchschnittlich rund 5 % beigetragen, wobei der Großteil der Zuwächse aus einer höheren Produktivität resultiert. Durch weitere Reformen, mit denen auf aktuell bereits bekannte bewährte Verfahren hingearbeitet wird, könnte das Pro-Kopf-BIP in den OECD-Ländern langfristig um durchschnittlich bis zu 10 % erhöht werden. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 3 000 USD pro Person.

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *Die OECD in Zahlen und Fakten 2014: Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/factbook-2014-de>
- *OECD Economic Surveys*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/16097513>
- *OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2014/2*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/19990901>

**INFOECKE**



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *OECD Beschäftigungsausblick 2014*, OECD Publishing

DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/empl\\_outlook-2014-de](http://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2014-de)



# Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Die hohe Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, die durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht rückgängig gemacht werden dürfte. Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt zurückgegangen. Die Arbeitsmarktpolitik sollte auf die Förderung von mehr und höherwertigen Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen, Langzeitarbeitslose und befristet Beschäftigte ausgerichtet sein.

## Die Arbeitsmarkterholung im OECD-Raum bleibt unvollständig

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Für den weiteren Jahresverlauf 2014 und für 2015 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit erwartet. Die Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einem Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, der durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht automatisch rückgängig gemacht werden dürfte, da er insbesondere unter den Langzeitarbeitslosen einen Verlust an Humankapital und Motivation bei der Arbeitssuche zur Folge hatte. Im OECD-Raum insgesamt waren im letzten Quartal 2013 16,3 Millionen Menschen – mehr als ein Drittel der Arbeitslosen – mindestens 12 Monate arbeitslos, fast doppelt so viele wie 2007. In Anbetracht dieser Entwicklungen sollte die Förderung der Nachfrage dort ein zentrales politisches Ziel bleiben, wo die Erholung weniger robust ausfällt, und mit verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit einhergehen. Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sollte Priorität eingeräumt werden, da Langzeitarbeitslose bei der Arbeitssuche normalerweise mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sind und mit besonders hoher Wahrscheinlichkeit aus der Erwerbsbevölkerung ausscheiden.

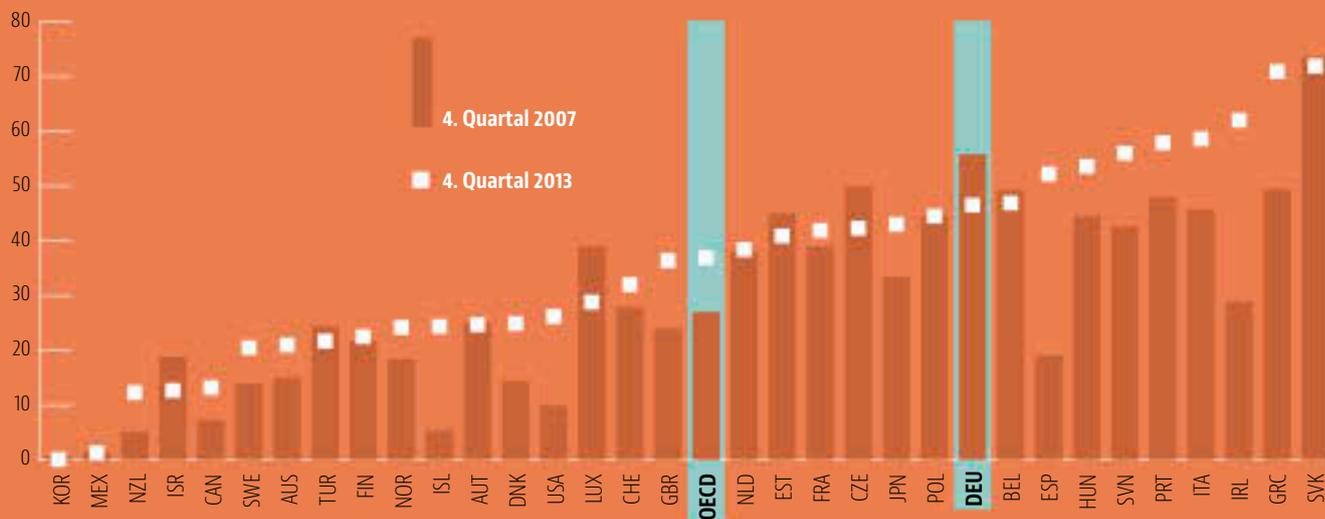
## Das reale Lohnwachstum ist erheblich zurückgegangen

Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt gesunken. Von der anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen OECD-Ländern ging ein deutlicher Abwärtsdruck auf das Reallohnwachstum aus. Diese Entwicklung trug zur Senkung der Lohnstückkosten bei und hatte in der Folge einen positiven Einfluss auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern insbesondere im Euroraum. Weitere Lohnanpassungen würden, vor allem angesichts der niedrigen Inflation, schmerzhaft Lohnkürzungen erforderlich machen und könnten dazu führen, dass sich die Zahl der trotz Erwerbstätigkeit in Armut Lebenden (Working Poor) erhöht. Es bedarf einer Reihe von Maßnahmen zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung. Zusätzlich zu einer tragfähigen makroökonomischen Politik zur Ankurbelung der Erholung handelt es sich dabei u. a. um Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit an den Güter- und Dienstleistungsmärkten, Maßnahmen, die entlassenen Arbeitskräften den Übergang in neue Beschäftigungsbereiche erleichtern, sowie eine Aufstockung der Einkommen von Geringverdienern.

# Aus der Statistik

## Langzeitarbeitslosigkeit ist anhaltend hoch

Prozentualer Anteil der Langzeitarbeitslosen (ein Jahr oder mehr) an Gesamtarbeitslosigkeit



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933131880>

## Junge Menschen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Zeitvertrag haben, 2011-2012

% der Arbeitskräfte mit Zeitverträgen

◀ Alle (15-64) ● Junge Menschen (15-24)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933132640>

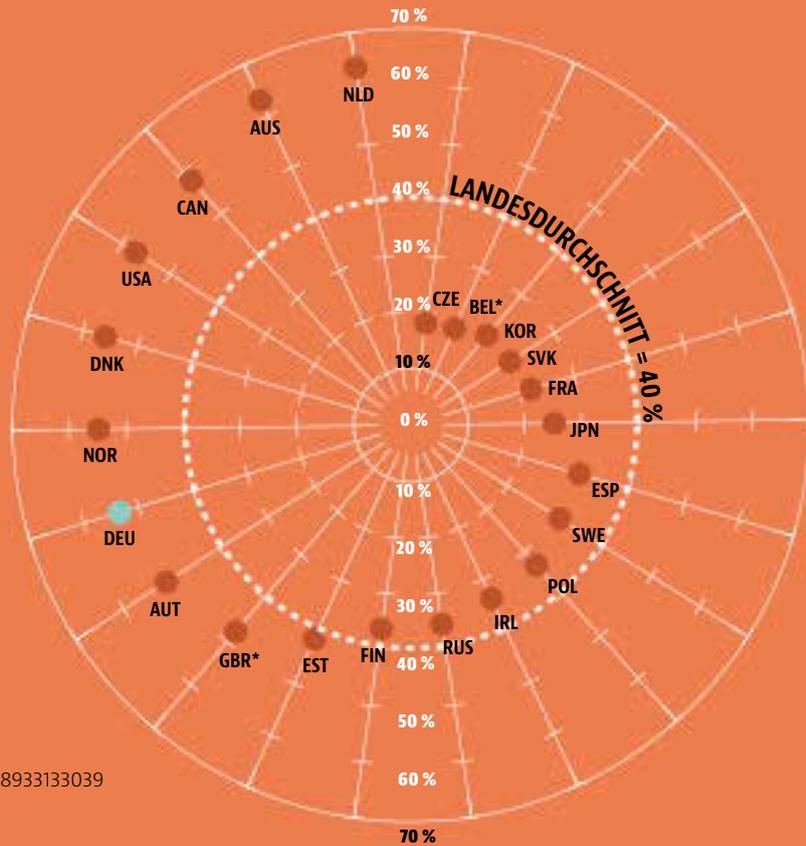
# Anteil der jungen Menschen (16-29), die Arbeit und Schule/ Studium kombinieren

% aller Schüler/Studierenden

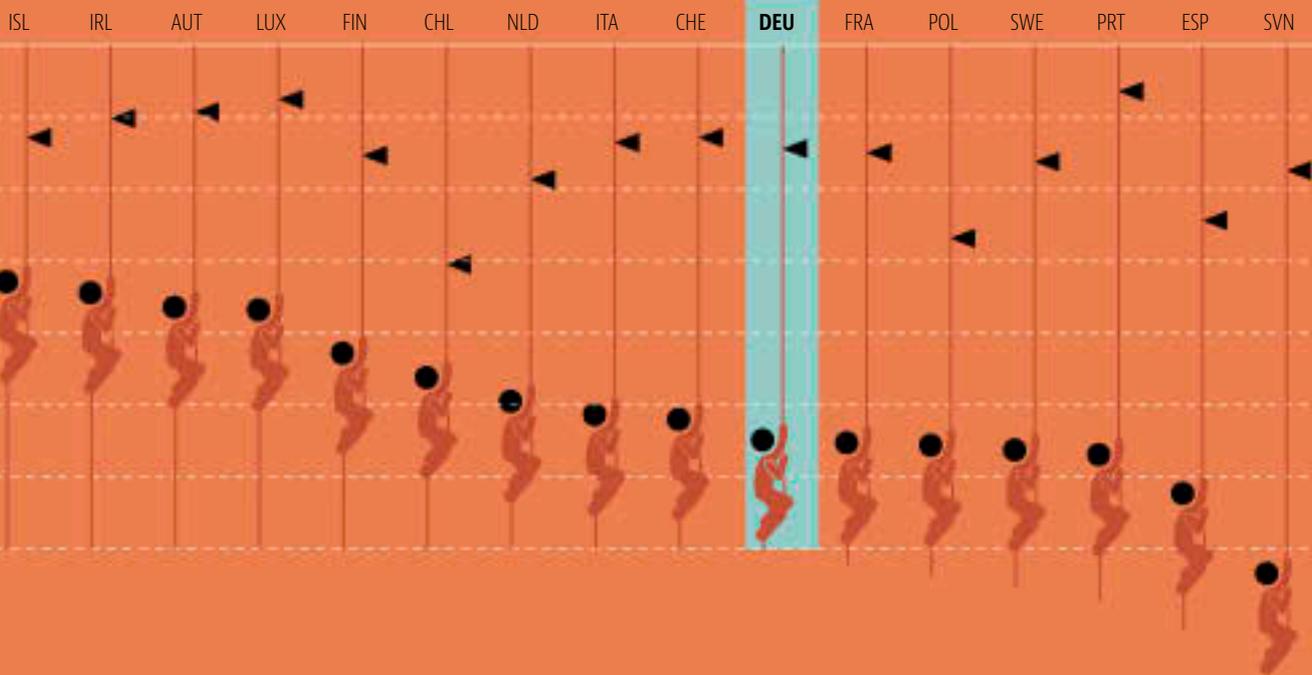


\*BEL = Flandern ; \*GBR = England und Nordirland

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933133039>



<b>ISO-Codes</b>	AUS Australien	CZE Tschechische Republik	DEU Deutschland	ITA Italien	LTU Litauen	NOR Norwegen	SVN Slowenien	GBR Vereinigtes Königreich
	AUT Österreich	DNK Dänemark	GRC Griechenland	ISR Israel	LUX Luxemburg	POL Polen	ESP Spanien	USA Vereinigte Staaten von Amerika
	BEL Belgien	EST Estland	HUN Ungarn	JPN Japan	MEX Mexiko	PRT Portugal	SWE Schweden	
	CAN Kanada	FIN Finnland	ISL Island	KOR Korea	NLD Niederlande	RUS Russische Föderation	CHE Schweiz	
	CHL Chile	FRA Frankreich	IRL Irland	LVA Lettland	NZL Neuseeland	SVK Slowakische Republik	TUR Türkei	



# Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen

## Die Beschäftigungsqualität sollte verbessert werden

Die Arbeitsmarktentwicklung sollte sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten beurteilt werden, d. h. die Arbeitsmarktpolitik sollte für mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen. Es ist ein neuer konzeptioneller und operationeller Rahmen entwickelt worden, um die Beschäftigungsqualität anhand von drei Dimensionen zu messen: Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste, Arbeitsmarktsicherheit und Qualität des Arbeitsumfelds. Die Länder weisen in Bezug auf jede dieser Dimensionen große Unterschiede auf, doch scheint es keine bedeutenden Zielkonflikte zwischen Qualität und Quantität der Arbeitsplätze zu geben: Einigen Ländern gelingt es, in beiden Bereichen gut abzuschneiden. Beachtliche Unterschiede bei der Beschäftigungsqualität bestehen ferner zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen innerhalb der Länder. Junge Arbeitskräfte, geringqualifizierte Kräfte und befristet Beschäftigte scheinen viele Nachteile zu kumulieren. Demgegenüber erhalten hochqualifizierte Kräfte nicht nur Zugang zu mehr, sondern auch zu besseren Arbeitsplätzen. Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste hängen vom Stellenwert wachstumsfördernder politischer Maßnahmen, vom Zugang zu Bildung und von deren Qualität, von der Struktur der Lohnfindungsmechanismen (z. B. Mindestlöhne, Tarifverträge) sowie der Gestaltung des Steuer- und Transfersystems ab. Ausschlaggebend für die Arbeitsmarktsicherheit sind die Wechselwirkungen zwischen dem Beschäftigungsschutz, den Systemen der Arbeitslosenunterstützung (Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Abfindungen) und den aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen. Die Qualität des Arbeitsumfelds wird weitgehend durch die Wirksamkeit der Arbeitsschutzbestimmungen zur Vorbeugung vor berufsbedingten gesundheitlichen Problemen, aber auch durch den sozialen Dialog und den Grad der sozialen Verantwortung des Arbeitgebers bestimmt.

## Eine übermäßig starke Abhängigkeit von Zeitarbeit schadet den Menschen und der Wirtschaft

Die nichtreguläre Beschäftigung – d. h. alle Formen der Beschäftigung, die nicht von einem festen oder unbefristeten Vertrag profitieren – kann Unternehmen die nötige Flexibilität sichern, um ihren Personalbestand in einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Sie kann auch auf eine freiwillige Entscheidung seitens der Arbeitskräfte zurückzuführen sein, die die mit dieser Vertragsform einhergehende Flexibilität bevorzugen. Die intensive Nutzung nichtregulärer Beschäftigungsverhältnisse kann jedoch negative Folgen sowohl für die soziale Gerechtigkeit als auch die Effizienz haben. Arbeitskräfte in solchen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich häufig einer größeren Arbeitsplatzunsicherheit gegenüber als Arbeitskräfte in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig investieren die Unternehmen in der Regel weniger in nicht regulär Beschäftigte, was sich wiederum negativ auf ihre Produktivität und Humankapitalentwicklung auswirken kann. In den zwanzig Jahren, die der globalen Finanzkrise vorausgingen, nahmen die atypischen Beschäftigungsverhältnisse in vielen Ländern zu, da die Regierungen versuchten, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt vor allem dadurch zu fördern, dass sie die Bestimmungen für nichtreguläre Beschäftigungsverhältnisse lockerten und die verhältnismäßig strengeren Bestimmungen für regulär Beschäftigte größtenteils unberührt ließen. Politische Optionen zur Verringerung der Zweiteilung des Arbeitsmarkts in regulär

und atypisch Beschäftigte wären z. B. eine strengere Regulierung der Nutzung befristeter Arbeitsverträge bei gleichzeitiger Lockerung der Kündigungsbestimmungen für fest angestellte Arbeitskräfte. Mit Blick auf die Zukunft könnte eine Konvergenz der mit der Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse einhergehenden Kosten durch die Einführung eines standardisierten bzw. einheitlichen Arbeitsvertrags erhöht werden. Jede dieser Optionen erfordert die Überwindung von Schwierigkeiten bei der Umsetzung sowie ergänzende Reformen, um wirksam zu sein.

## Sowohl Bildungsniveau als auch Kompetenzen sind in der ersten Phase der Arbeitsmarktteilnahme und darüber hinaus von Bedeutung

Die Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (PIAAC) liefert neue Erkenntnisse über die Auswirkungen des Bildungsniveaus und einer Reihe von Kompetenzen auf zwei wichtige Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren: d. h. zum einen auf das Risiko, dass sie weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind, und zum anderen auf die Höhe ihres Stundenlohns, wenn sie in Beschäftigung sind. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die der Förderung höherer Bildungsabschlüsse, aber auch der Steigerung der Les-, Mathematik- und Problemlösekompetenz sowie Verbesserung der den jungen Menschen bei der Auswahl ihres Ausbildungsfelds zur Verfügung stehenden Informationen zukommt. Auch Berufserfahrung hat erwiesenermaßen von Anfang an einen positiven Effekt auf das Verdienstniveau, was auch für allgemeine Kompetenzen gilt. Dennoch scheint es in einigen Ländern nur selten vorzukommen, dass Jugendliche Arbeit und Bildung kombinieren, und die meisten Schüler und Studierenden, die neben ihrer theoretischen Ausbildung einer Berufstätigkeit nachgehen, tun dies nicht im Rahmen von formalen Bildungsangeboten, die Berufserfahrung vermitteln, wie beruflichen Bildungsgängen oder Berufsausbildungen. Um Schüler und Studierende stärker mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen, empfiehlt es sich daher nicht nur in berufliche Bildungsgänge und Berufsausbildungen Elemente des Lernens am Arbeitsplatz aufzunehmen bzw. diese auszuweiten, sondern auch Maßnahmen auszubauen, die es Schülern und Studierenden erleichtern, Arbeitsplatzerfahrung zu gewinnen. Bei solchen Maßnahmen könnte es sich z. B. um die Beseitigung von Hindernissen handeln, die es Unternehmen schwer machen, Teilzeitkräfte einzustellen, oder um die Einführung von Steueranreizen für die Beschäftigung von Schülern und Studierenden bis zu einer bestimmten Stundenzahl.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Employment and Labour Market Statistics*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/lfs-data-en>
- *Taxing Wages 2013*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/tax\\_wages-2013-en](http://dx.doi.org/10.1787/tax_wages-2013-en)
- *OECD Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2014/1*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/eco\\_outlook-v2014-1-de](http://dx.doi.org/10.1787/eco_outlook-v2014-1-de)

**INFOECKE**



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Society at a Glance 2014: OECD Social Indicators*, OECD Publishing  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/soc\\_glance-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/soc_glance-2014-en)



# Von der Finanzkrise zur Sozialkrise

**Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste verschlechtern in zahlreichen OECD-Ländern die soziale Lage. Die Haushaltskonsolidierung schränkt die Fähigkeit der Regierungen ein, diesen Herausforderungen zu begegnen. Kürzungen der Sozialausgaben könnten das Leben für die sozial schwächsten Gruppen jedoch härter machen und in Zukunft zu Problemen führen. Um die Sozialpolitik „krisenfest“ zu machen und während des gesamten Konjunkturzyklus effektive Unterstützung zu bieten, müssen die Regierungen über die unmittelbare Situation hinausblicken und für die Zukunft vorsorgen.**

Über fünf Jahre nach der Finanzkrise verschlechtert sich die soziale Lage in zahlreichen OECD-Ländern durch hohe Arbeitslosenquoten und Einkommensverluste. Die Fähigkeit der Regierungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist auf Grund der Haushaltskonsolidierung eingeschränkt. Kürzungen der Sozialausgaben drohen jedoch, die Not der sozial schwächsten Gruppen zu verstärken, und könnten in Zukunft zu Problemen führen. Die OECD-Länder können diese Herausforderungen nur mit politischen Maßnahmen bewältigen, die gut konzipiert und durch ausreichende Finanzmittel abgestützt sind. Da ihnen die schlimmsten Auswirkungen der Krise erspart geblieben sind, sehen sich die großen aufstrebenden Volkswirtschaften anderen Herausforderungen gegenüber. Die Erfahrungen der OECD-Länder sind für die aufstrebenden Volkswirtschaften dennoch in dem Maße von Bedeutung, wie sie ihre Anstrengungen zum Ausbau und zur „krisenfesten“ Gestaltung ihrer sozialen Sicherungssysteme fortsetzen.

## Die Finanzkrise hat eine Sozialkrise entfacht

Die Umwälzungen auf den Finanzmärkten von 2007-2008 riefen nicht nur eine Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch eine Sozialkrise hervor. In Ländern, die die tiefsten und längsten Wirtschaftsabschwünge erlebten, sind die Beschäftigungsaussichten, Einkommen und Lebensformen der Menschen nach wie vor erheblich beeinträchtigt. Etwa 48 Millionen Menschen in den OECD-Ländern suchen nach Arbeit – 15 Millionen mehr als im September

2007 – und weitere Millionen von Menschen sind in finanzieller Bedrängnis. Die Zahl der Personen, die in Haushalten leben, die keinerlei Erwerbseinkommen beziehen, hat sich in Griechenland, Irland und Spanien verdoppelt. Am stärksten sind Geringverdiener betroffen, ebenso wie junge Menschen und Familien mit Kindern.

## Die sozialen Folgen könnten über Jahre zu spüren sein

Vor dem Hintergrund, dass die privaten Haushalte unter Druck stehen und die Haushaltsmittel für die soziale Absicherung auf dem Prüfstand stehen, sind immer mehr Menschen eigenen Angaben zufolge mit ihrem Leben unzufrieden, und das Vertrauen in die Regierungen ist drastisch gesunken. Es gibt darüber hinaus Anzeichen dafür, dass die Krise lange Nachwirkungen auf die künftige Lebensqualität der Menschen haben wird. Tatsächlich werden sich einige der sozialen Folgen der Krise in Bereichen wie Familiengründung, Geburtenziffern und Gesundheit erst langfristig bemerkbar machen. Die Geburtenziffern sind seit Beginn der Krise weiter gesunken, wodurch die demografischen und fiskalischen Herausforderungen der Bevölkerungsalterung verschärft werden. Familien haben darüber hinaus grundlegende Ausgaben gekürzt, u. a. für Nahrungsmittel, wodurch ihre Lebensqualität derzeit und in Zukunft beeinträchtigt wird. Es ist noch zu früh, um die längerfristigen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen zu quantifizieren, aber Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Schwierigkeiten tragen bekanntermaßen zu einer Reihe gesundheitlicher Probleme bei, darunter psychische Erkrankungen.

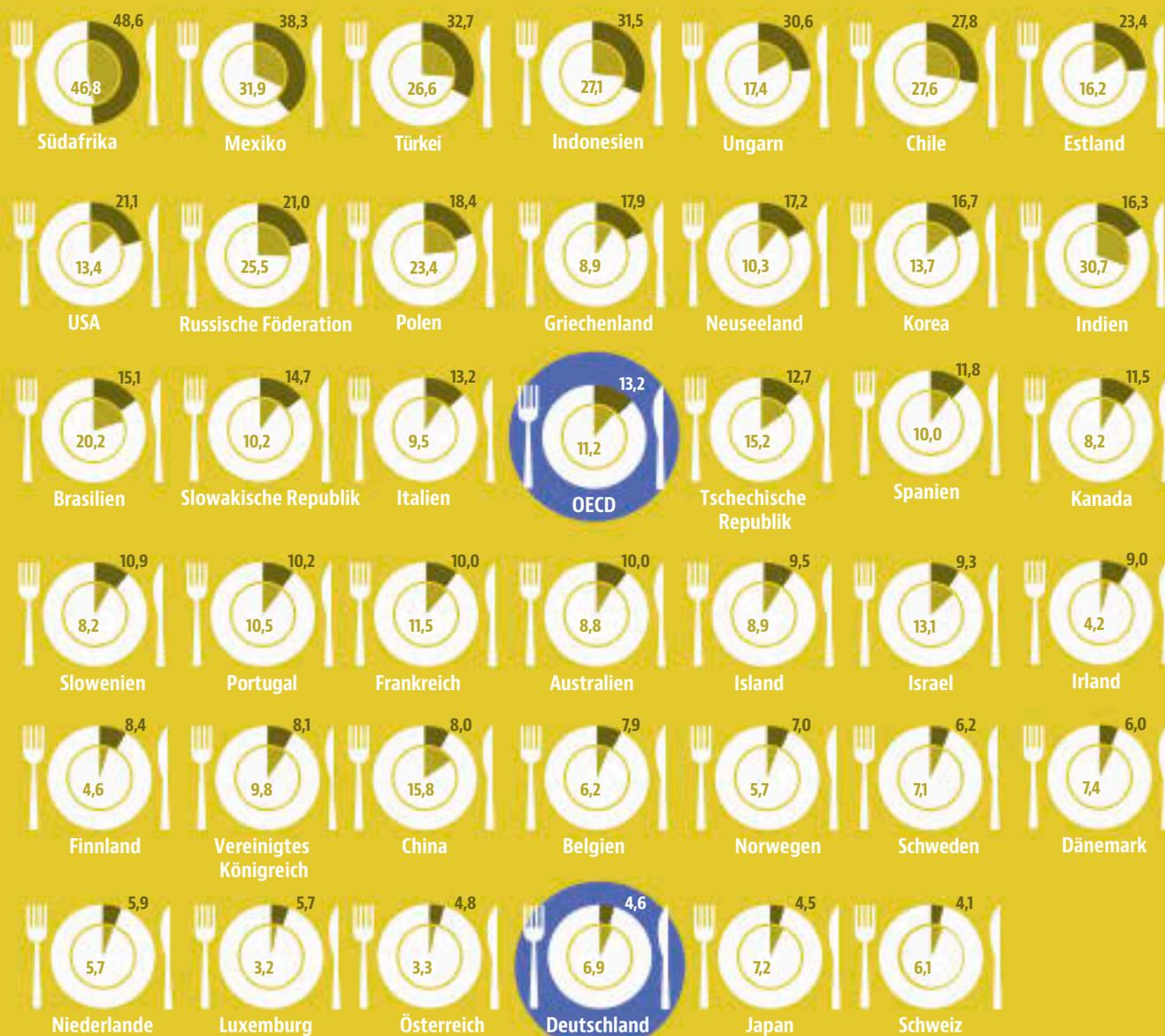
# Aus der Statistik

## Ernährungsunsicherheit wächst

„Gab es in den letzten 12 Monaten Zeiten, in denen Sie nicht genug Geld hatten, um Lebensmittel zu kaufen?“

% der Ja-Antworten ● 2011/2012 ● 2006/2007

Nach absteigenden Werten sortiert, 2011/2012

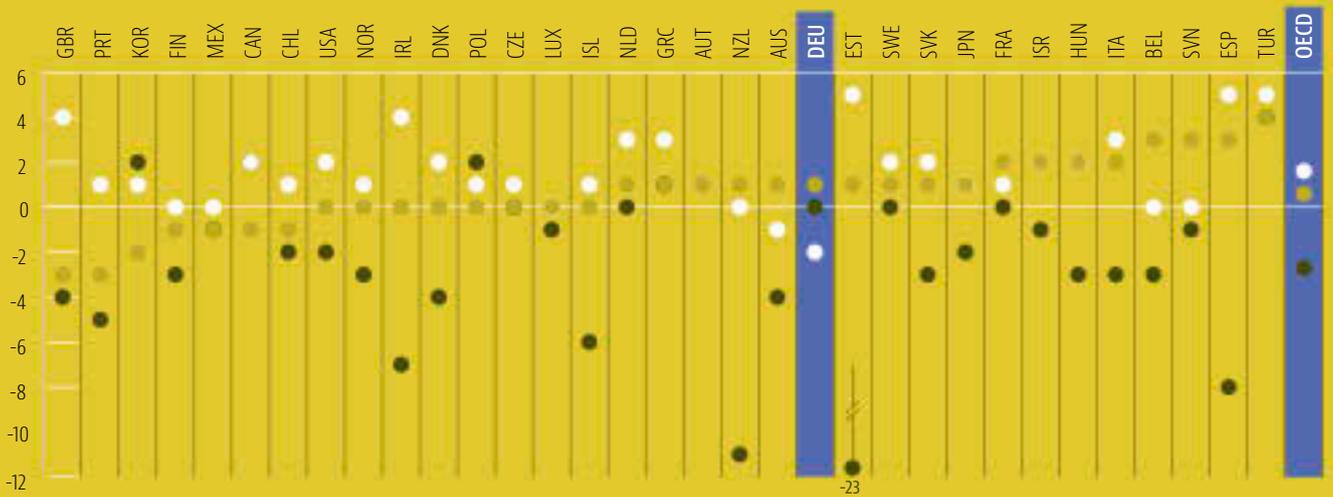


# Die Armut nahm bei Kindern und jungen Menschen zu und fiel bei den älteren Menschen

Änderung in %-Punkten bei der relativen Armutsquote zwischen 2007 und 2010 nach Altersgruppe



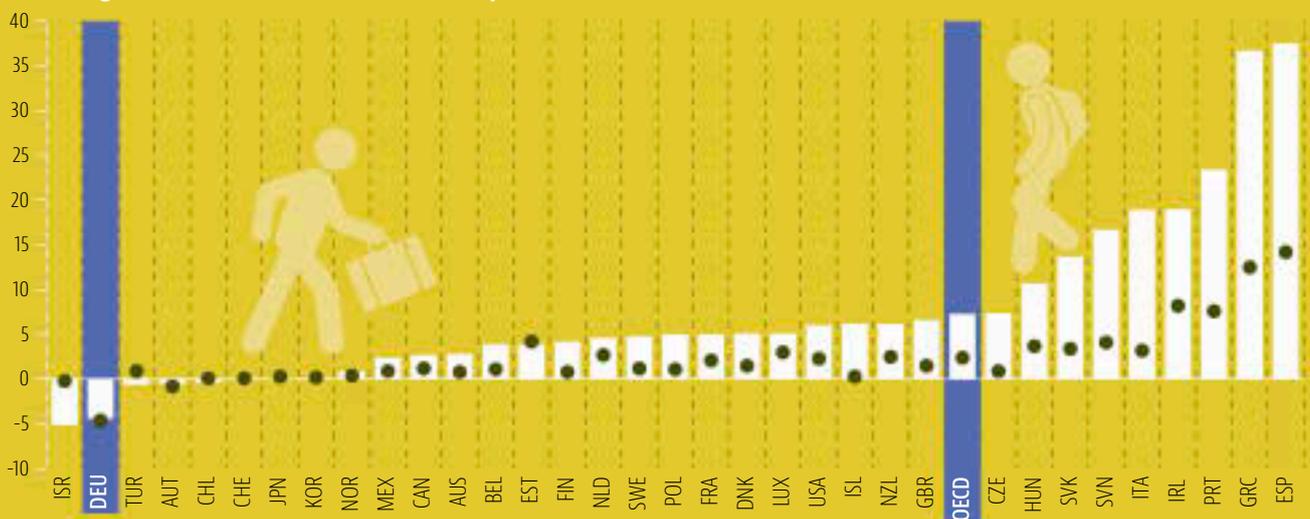
Nach aufsteigenden Werten für Kinder sortiert



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932966485>

# In den meisten Ländern waren junge Menschen am härtesten von Arbeitslosigkeit betroffen

Änderung in %-Punkten bei der Arbeitslosenquote zwischen 2007 und Q2 2013



- |                       |                                  |                         |                      |                        |                                 |   |
|-----------------------|----------------------------------|-------------------------|----------------------|------------------------|---------------------------------|---|
| <b>AUS</b> Australien | <b>CHN</b> China                 | <b>DEU</b> Deutschland  | <b>IRL</b> Irland    | <b>MEX</b> Mexiko      | <b>RUS</b> Russische Föderation | <b>CHE</b> Schweiz                        |
| <b>AUT</b> Österreich | <b>CZE</b> Tschechische Republik | <b>GRC</b> Griechenland | <b>ISR</b> Israel    | <b>NLD</b> Niederlande | <b>ZAF</b> Südafrika            | <b>TUR</b> Türkei                         |
| <b>BEL</b> Belgien    | <b>DNK</b> Dänemark              | <b>HUN</b> Ungarn       | <b>ITA</b> Italien   | <b>NZL</b> Neuseeland  | <b>SVK</b> Slowakische Republik | <b>GBR</b> Vereinigtes Königreich         |
| <b>BRA</b> Brasilien  | <b>EST</b> Estland               | <b>ISL</b> Island       | <b>JPN</b> Japan     | <b>NOR</b> Norwegen    | <b>SVN</b> Slowenien            | <b>USA</b> Vereinigte Staaten von Amerika |
| <b>CAN</b> Kanada     | <b>FIN</b> Finnland              | <b>IND</b> Indien       | <b>KOR</b> Korea     | <b>POL</b> Polen       | <b>ESP</b> Spanien              |   |
| <b>CHL</b> Chile      | <b>FRA</b> Frankreich            | <b>IDN</b> Indonesien   | <b>LUX</b> Luxemburg | <b>PRT</b> Portugal    | <b>SWE</b> Schweden             |   |

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932966390>

## Von der Finanzkrise zur Sozialkrise

### Heute investieren, um morgen steigende Kosten zu vermeiden

Kurzfristige Einsparungen können zu deutlich höheren Kosten in der Zukunft führen, und die Regierungen sollten der Finanzierung von Programmen mit Investitionscharakter Vorrang einräumen. Bei den heutigen Kürzungen der Gesundheitsausgaben muss vermieden werden, dass morgen ein größerer Gesundheitsversorgungsbedarf entsteht. Die besonders hart getroffenen Länder sollten sicherstellen, dass Kinder Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen haben, und verhindern, dass Schulabgänger vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden.

### Sozial schwache Gruppen benötigen heute Unterstützung

Um effektiv zu sein, müssen Investitionen im sozialen Bereich indessen von angemessener Unterstützung für die ärmsten Bevölkerungsteile begleitet werden. Die Sicherung und Verstärkung der Unterstützung der sozial schwächsten Gruppen muss Kernbestandteil jeder Strategie für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sein. Die Regierungen müssen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen dementsprechend zeitlich abstimmen und konzipieren, da die Verteilungseffekte solcher Maßnahmen stark variieren können: So leiden die Armen möglicherweise stärker unter Ausgabenkürzungen als unter Steuererhöhungen.

### Der Spielraum für die Kürzung der Arbeitslosenleistungen ist begrenzt

In Anbetracht der schlechten Arbeitsmarktlage besteht wenig Spielraum für Kürzungen der Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfe sowie der Ausgaben im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wo Einsparungen erzielt werden können, sollten diese im Einklang mit dem Tempo des Aufschwungs erfolgen. Insbesondere haben gezielte Leistungen zur Einkommenssicherung in Ländern Priorität, in denen derartige Leistungen nicht existieren bzw. schwer zugänglich sind oder in denen die Arbeitslosenleistungen der Langzeitarbeitslosen auslaufen. Allgemeine Kürzungen der Sozialleistungen, etwa Wohn- und Kinder geld oder Familienleistungen, sollten vermieden werden, da diese Transferleistungen armen Erwerbstätigenhaushalten und Alleinerziehenden oftmals lebenswichtige Unterstützung bieten.

### Durch gezielte Ausrichtung können Einsparungen bewirkt und zugleich die sozial Schwachen geschützt werden

Durch eine effektivere Ausrichtung können beträchtliche Einsparungen erzielt und sozial schwache Gruppen zugleich geschützt werden. Insbesondere bei Gesundheitsreformen sollte der Schutz der sozial schwächsten Bevölkerungsteile Priorität haben. Allerdings muss diese gezielte Ausrichtung sorgfältig konzipiert werden, um die Schaffung von Fehlanreizen zu vermeiden, die die Menschen von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhalten. So verzeichnen Arbeitslose, die im Begriff sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, u. U. Einbußen oder eine sehr geringe Einkommenserhöhung, wenn sie statt der Sozialleistungen ein Gehalt beziehen.

### Familien bei der Bewältigung von Notlagen unterstützen

Es spricht vieles dafür, staatliche Hilfen so zu konzipieren, dass sie auf der Fähigkeit der privaten Haushalte zur Bewältigung von Notlagen aufbauen und diese ergänzen, aber nicht an ihre Stelle treten. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, effektive Unterstützung im Beschäftigungsbereich zu bieten, selbst wenn dies kurzfristig mit höheren Ausgaben für eine aktive Sozialpolitik verbunden ist. Arbeitsmarktpolitische Aktivierungsmaßnahmen und Lohnergänzungsleistungen sollten auf einem vertretbaren Niveau gehalten werden. Wo die Zahl der Haushalte ohne Arbeit hoch ist, müssen sich die politischen Anstrengungen darauf konzentrieren, sicherzustellen, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage diesen Haushalten rasch zugute kommt. Um möglichst effektiv zu sein, sollten arbeitsbezogene Unterstützungsleistungen und Anreize beispielsweise nicht auf einzelne Arbeitsuchende beschränkt, sondern auch für ihre erwerbslosen Partner zugänglich sein.

### Die Regierungen müssen für die nächste Krise vorsorgen

Um die Sozialpolitik „krisenfest“ zu machen und über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg effektive Unterstützung zu bieten, müssen die Regierungen über den jüngsten Abschwung hinausblicken. Erstens müssen sie Möglichkeiten finden, in Zeiten des Aufschwungs Ersparnisse zu bilden, um sicherzustellen, dass sie in Abschwungphasen die steigenden Kosten tragen können. Auf der Ausgabenseite sollten Sozialleistungen stärker an die Arbeitsmarktlage geknüpft werden – beispielsweise durch eine deutliche Kürzung der Sozialausgaben während eines Aufschwungs sowie die Verlagerung von Ressourcen von Sozialleistungen zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Auf der Einnahmenseite sollten die Steuerbasis verbreitert, die Abhängigkeit von der Besteuerung des Faktors Arbeit verringert und die Steuersysteme angepasst werden, um der wachsenden Einkommensungleichheit Rechnung zu tragen. Zweitens müssen die Regierungen mit den vor der Krise begonnenen Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme fortfahren. Tatsächlich sind diese Reformen auf Grund der Krise notwendiger denn je. Im Bereich der Renten beispielsweise droht manchen künftigen Rentnern auf Grund langer Zeiten der Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter eine größere Einkommensunsicherheit. Im Gesundheitswesen sind Strukturmaßnahmen, mit denen unnötige Dienstleistungen abgeschafft und Effizienzgewinne erzielt werden, ungezielten Kürzungen, die den Zugang der sozial schwächsten Gruppen zur Gesundheitsversorgung einschränken, vorzuziehen.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Income Distribution Database*  
DOI : <http://dx.doi.org/10.1787/data-00654-en>
- *How's Life? 2013: Measuring Well-being*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201392-en>
- *Health at a Glance 2013: OECD Indicators*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/health\\_glance-2013-en](http://dx.doi.org/10.1787/health_glance-2013-en)

# Globales Parlamentarisches Netzwerk der OECD

Verbindet Gesetzgeber

Bringt OECD-Analysen & -Daten in Ihr Parlament

Fördert eine bessere Politik für ein besseres Leben

**Weitere Informationen**

[www.oecd.org/parliamentarians](http://www.oecd.org/parliamentarians)

**Oder schreiben Sie eine E-Mail an**

[parliamentarians@oecd.org](mailto:parliamentarians@oecd.org)



# Wohlergehen in Deutschland

**Deutschland belegt bei vielen Indikatoren des Better Life Index einen der ersten zehn Plätze und schneidet damit gut ab.**

Geld allein macht zwar nicht glücklich, trägt aber entscheidend zum Lebensstandard bei. **Das durchschnittliche Pro-Kopf-Nettoeinkommen eines deutschen Haushalts beläuft sich auf 30 721 US-\$ pro Jahr**, das ist mehr als der OECD-Durchschnitt von 23 938 US-\$. Allerdings ist der Abstand zwischen oben und unten beträchtlich:

Die reichsten 20 % der Deutschen verdienen mehr als viermal so viel wie die ärmsten 20 %.

**Etwa 73 % der 15- bis 64-Jährigen gehen in Deutschland einer bezahlten Tätigkeit nach** – im OECD-Durchschnitt sind es nur 65 %. Rund 78 % der Männer sind erwerbstätig, bei den Frauen sind es 68 %. Insgesamt arbeiten die Deutschen 1 397 Stunden im Jahr und damit deutlich weniger als der OECD-Durchschnittsbürger (1 765 Arbeitsstunden). Sehr lange Wochenarbeitszeiten haben nur 6 % der Angestellten (OECD: 9 %), wobei die Männer mit 8 % gegenüber den Frauen (2 %) häufiger betroffen sind.

Eine gute Bildung ist eine wichtige Voraussetzung dafür, einen Arbeitsplatz zu finden. In Deutschland **haben 86 % der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren den Sekundarbereich II erfolgreich abgeschlossen**. Das sind mehr als im OECD-Durchschnitt (75 %), allerdings haben mit 89 % etwas mehr Männer einen weiterführenden Abschluss als Frauen (84 %). In der **Internationalen Schulleistungsstudie der OECD (PISA)** lagen die Schülerinnen und Schüler **mit durchschnittlich 515 Punkten** in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften über dem OECD-Durchschnitt von 497 Punkten. **Die Mädchen schnitten in Deutschland um 10 Punkte besser ab als die Jungen**, was mehr ist als der durchschnittliche Leistungsabstand von 8 Punkten in den OECD-Ländern. Wer heute in Deutschland geboren wird, hat eine **Lebenserwartung von fast 81 Jahren** – diese liegt ein Jahr über dem OECD-Durchschnitt. Dabei können

Frauen mit einer Lebenserwartung von 83 Jahren rechnen, Männer mit 78 Jahren. **Die Konzentration von Feinstaub PM10** – winzigen Luftschadstoffpartikeln, die die Lunge schädigen können – ist mit 15,6 **Mikrogramm pro Kubikmeter** deutlich geringer als im OECD-Durchschnitt (20,1 Mikrogramm pro Kubikmeter). Auch bei der Wasserqualität schneidet Deutschland gut ab: **94 % der Bevölkerung sind laut eigenen Aussagen zufrieden mit ihrem Trinkwasser**.

Das öffentliche Leben in Deutschland ist gekennzeichnet durch starken Gemeinsinn und moderates zivilgesellschaftliches Engagement. Eigenen Angaben zufolge haben **93 % der Menschen jemanden, der ihnen im Notfall beistehen würde**. Im OECD-Durchschnitt ist dieser Anteil mit 89 % niedriger. **Die Wahlbeteiligungsbetrag bei den jüngsten Wahlen 72 %** und entsprach somit dem OECD-Durchschnitt. Sie gilt als Gradmesser dafür, wie viel Vertrauen die Bürger in den Staat haben und wie aktiv sie am politischen Geschehen mitwirken. Je nach Einkommensgruppe fiel sie unterschiedlich aus: Das Fünftel mit dem höchsten Einkommen wählte zu geschätzten 81 %, das mit dem niedrigsten zu geschätzten 59 %. Diese Differenz ist wesentlich größer als im OECD-Durchschnitt: Hier liegen 11 Prozentpunkte zwischen Arm und Reich. Daraus lässt sich schließen, dass die **gesellschaftliche Teilhabe an den demokratischen Institutionen in Deutschland noch verbessert werden kann**.

Der oben stehende Text ist ein Beispiel für die Länderseiten des Better Life Index. Detailliertere Analysen zum Thema Wohlergehen erhalten Sie in: *How's Life? 2013: Measuring Well-Being*.

Weitere Informationen zu Schätzungen und Referenzjahren finden Sie im FAQ-Bereich: [www.oecdbetterlifeindex.org/de/about/better-life-initiative/](http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/about/better-life-initiative/).

# DEUTSCHLAND im Index

(im Verhältnis zu anderen OECD-Ländern)



Index	Ausgewählte Ergebnisse
Wohnverhältnisse	In Deutschland stehen den Haushalten durchschnittlich <b>1,8</b> Räume pro Person zur Verfügung.
Einkommen	Das durchschnittliche Finanzvermögen der privaten Haushalte wird auf <b>49 484</b> USD pro Kopf geschätzt.
Beschäftigung	Etwa <b>2,5 %</b> der Erwerbspersonen sind seit mindestens einem Jahr arbeitslos.
Gemeinsinn	Eigenen Angaben zufolge kennen <b>93 %</b> der Menschen jemanden, der ihnen im Notfall beistehen würde.
Bildung	Die durchschnittliche Schülerleistung bei der PISA-Studie für Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften betrug <b>515</b> Punkte.
Umwelt	Die Konzentration von Feinstaub (PM10) beträgt <b>15,6</b> Mikrogramm pro Kubikmeter.
Zivilengagement	Die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen lag bei <b>72 %</b> der eingetragenen Wähler.
Gesundheit	Die Lebenserwartung liegt bei <b>81</b> Jahren.
Lebenszufriedenheit	Auf einer Skala von 0 bis 10 bewerten die Menschen ihre Lebenszufriedenheit mit <b>7,0</b> .
Sicherheit	Die Mordrate beträgt <b>0,5</b> pro 100 000 Einwohner.
Work-Life-Balance	Die Menschen wenden etwa <b>15,5</b> Stunden pro Tag für Grundbedürfnisse wie Essen oder Schlafen und Freizeitaktivitäten auf.

# Intelligenz. Von der Quelle.



Seit 1962 halten wir Sie über die politischen Herausforderungen auf dem Laufenden.

Abonnieren Sie das Magazin unter  
**[www.oecdobserver.org/subscribe.html](http://www.oecdobserver.org/subscribe.html)**  
oder senden Sie eine E-Mail an  
**[observer@oecd.org](mailto:observer@oecd.org)**

**INFOECKE**



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *OECD Regional Outlook 2014: Regions and Cities: Where Policies and People Meet*, OECD Publishing  
 DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264201415-en>



# Jede Region kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird

Bei den Anstrengungen der staatlichen Stellen, das Wirtschaftswachstum zu stimulieren, die Lebensqualität zu verbessern und den Ungleichheiten zu begegnen, stehen die Regionen an vorderster Stelle. Dennoch hat sich durch die Wirtschaftskrise in der Hälfte der OECD-Länder der Abstand zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen vergrößert. Wengleich das Wirtschaftswachstum und andere Erfolgsmaße von Region zu Region, und selbst innerhalb eines Landes, erheblich variieren, können leistungsschwache Regionen wettbewerbsfähiger werden, wenn die richtige Kombination politischer Maßnahmen gegeben ist und die Anstrengungen auf allen Verwaltungsebenen koordiniert werden.

Die **Einkommensdisparitäten zwischen den Regionen** haben in den meisten OECD-Ländern in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen; dieser Trend hat sich durch die Krise kaum verändert. Wenn die Unterschiede abgenommen haben, ist dies generell eher auf eine schwache Wirtschaftsleistung in wohlhabenderen Regionen als auf Wirtschaftswachstum in ärmeren Regionen zurückzuführen. Die Krise hat zudem die regionalen Disparitäten bei der Arbeitslosigkeit verschärft.

Der Wechsel von Konjunkturimpulsen zu Konsolidierungsmaßnahmen nach der Krise hatte **drastische Kürzungen der öffentlichen Investitionen** zur Folge, die im OECD-Raum zwischen 2009 und 2012 in realer Rechnung um 13 % gesunken sind. Da rd. 72 % der öffentlichen Investitionen von den nachgeordneten Gebietskörperschaften verwaltet werden, stellt dies die Regionen und Gemeinden vor eine besondere Herausforderung. Obgleich Investitionskürzungen dazu beigetragen haben, das aktuelle öffentliche Dienstleistungsangebot sowie die laufenden Transferleistungen zu bewahren, können sie das Wachstum und die Dienstleistungserbringung in Zukunft beeinträchtigen.

Die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte ist einer der Gründe dafür, dass die **Zahl der Governance-Reformen auf nachgeordneten Ebenen zugenommen** hat. Diese Reformen gründen z. T. auf der Notwendigkeit, Skaleneffekte und sonstige Kosteneinsparungen zu erzielen, sie dienen aber auch als Mittel, um zusätzliche Aufgaben zu delegieren.

Die Krise hat die Grenzen von rein wirtschaftlichen Beurteilungen sozialer Fortschritte aufgezeigt und die **Notwendigkeit weiter gefasster Messgrößen der Lebensqualität** unterstrichen. Lebensqualität muss allerdings auf regionaler Ebene verstanden und angegangen werden. Die Disparitäten bei den nichtmonetären Messgrößen der Lebensqualität sind zwischen den Regionen innerhalb eines Landes häufig größer als zwischen den einzelnen Ländern; sie bleiben zudem im Zeitverlauf äußerst konstant. Darüber hinaus fallen die Ergebnisse im Hinblick auf die Lebensqualität in Ländern, in denen Unterschiede beim Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und wichtigen Dienstleistungen größer sind, insgesamt schlechter aus.

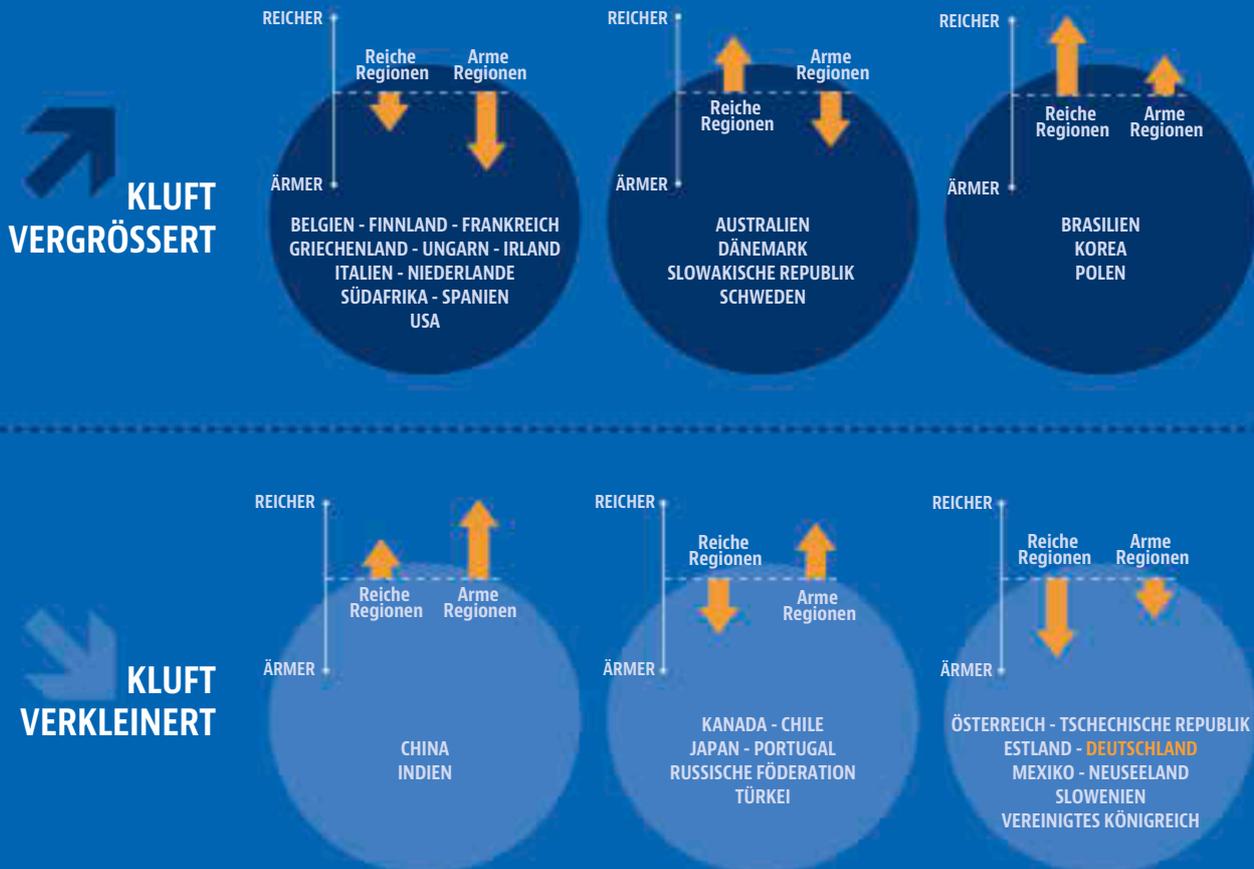
Bei der Suche nach Wachstum wurde in den meisten OECD-Volkswirtschaften den **Städten als wichtigstem potenziellen Wachstumsmotor** immer mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Alles in allem sind Städte produktiver, und ihre Produktivitätsvorteile steigen mit der Stadtgröße. Großstädte erhöhen in der Regel das Wachstum im Umland, sogar bis zu einer Entfernung von 200-300 km. Kleinere Städte können indessen Produktivitätsgewinne verzeichnen, wenn sie eng mit anderen Städten verbunden sind, indem sie Konnektivität als eine Art Ersatz für Größe nutzen.

Die Wachstums- und Produktivitätsvorteile der Urbanisierung stellen sich nicht automatisch ein: **Die Art und Weise, wie Städte verwaltet werden**, hat einen unmittelbaren und großen Einfluss auf ihre Wirtschaftsleistung und die Lebensqualität ihrer Bürger. Die Aktionen der

# Aus der Statistik

## Die Krise hat die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten Regionen in vielen Ländern vergrößert

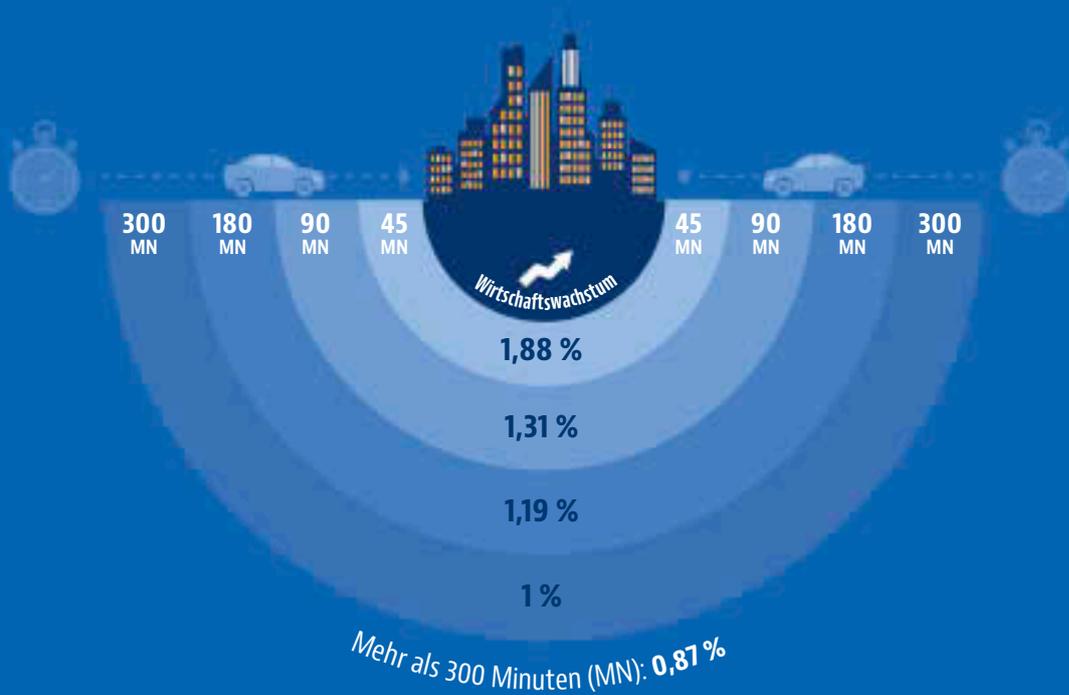
Trend beim Verhältnis zwischen dem BIP pro Kopf der 10 % reichsten und 10 % ärmsten Regionen, 2008-2010



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106249>

## Wirtschaftswachstum nimmt mit Nähe zu Großstädten zu

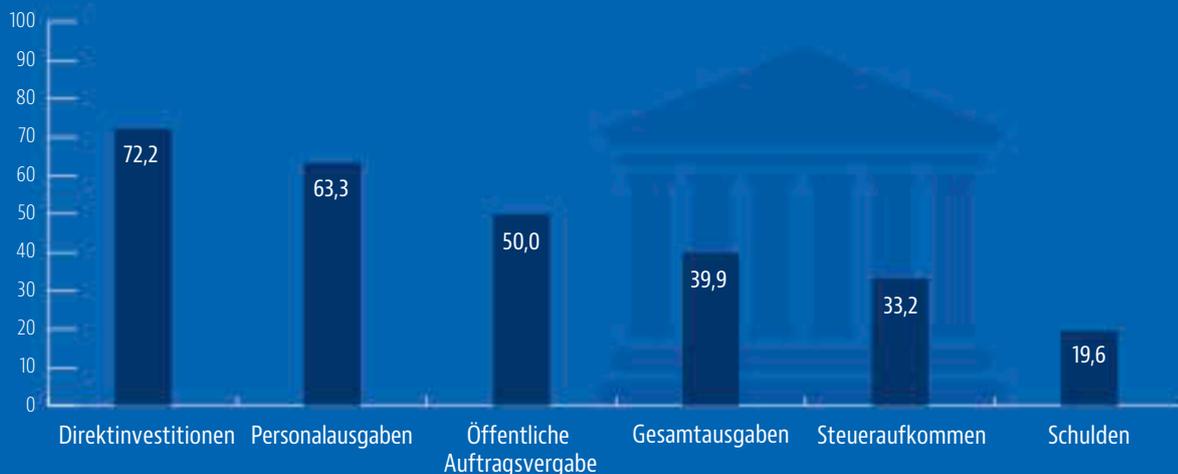
Regionale jährliche Wachstumsraten des BIP pro Kopf (1995-2010) und Fahrzeit bis zum nächstgelegenen Ballungsraum mit 2 Millionen oder mehr Einwohnern in OECD-Ländern



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106667>

## Nachgeordnete Gebietskörperschaften spielen eine Schlüsselrolle bei den öffentlichen Finanzen

Nachgeordnete Gebietskörperschaften als % des gesamten Staates, OECD (2012)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933106306>

# Jede Region kann besser abschneiden, wenn sie verantwortungsvoll geführt und verwaltet wird

privaten Haushalte und Unternehmen sowie die Interaktionen zwischen den verschiedenen Bereichen der staatlichen Politik haben in der Regel entweder größere positive oder größere negative Ausstrahlungseffekte in Städten als in weniger dicht besiedelten Orten. Dies bedeutet, dass der Bedarf an Politikkoordination zwischen den verschiedenen Sektoren, Bezirken und Verwaltungsebenen größer ist.

**An einer solchen Koordinierung fehlt es häufig:** Sektorspezifische Politiken auf Ebene der Zentralregierung und der nachgeordneten Gebietskörperschaften schaffen häufig widersprüchliche Anreize und sind auf den verschiedenen staatlichen Ebenen schlecht abgestimmt. Durch die horizontale Fragmentierung auf kommunaler Ebene wird das Problem verschärft, vor allem in großen, aber politisch fragmentierten, städtischen Ballungsräumen. Der OECD Metropolitan Governance Survey führt die Kosten einer fragmentierten Governance deutlich vor Augen und richtet das Augenmerk auf die Nutzeffekte einer besseren Politikkoordination auf der Ebene der städtischen Ballungsräume – d. h. der Ebene, die durch Siedlungsstrukturen und Wirtschaftstätigkeit anstatt durch oft veraltete Verwaltungsgrenzen definiert wird.

## Wichtige Politikimplikationen

Angesichts zunehmender Disparitäten, schleppenden Wachstums und begrenzten Spielraums der Fiskal- und der Geldpolitik bedarf es in besonderem Maße wirksamer **Politikkonzepte, die an den jeweiligen Standort angepasst sind**. Zum einen unterscheiden sich selbst innerhalb der Länder die Wachstumshemmnisse erheblich von Region zu Region. Zum anderen muss die Politik den Kompromissen, die zwischen verschiedenen Zielen erzielt werden können, sowie den potenziellen Komplementaritäten dieser Ziele, die anhand eines integrierten Ansatzes ausgeschöpft werden können, mehr Aufmerksamkeit schenken. Diese Kompromisse und Komplementaritäten tragen häufig den besonderen Bedingungen bestimmter Standorte Rechnung und sind für regionale oder lokale Akteure oft am deutlichsten sichtbar und überschaubar.

**Politische Geografie spielt eine Rolle:** Bei der Identifizierung und Förderung von Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen müssen die verantwortlichen Politiker über die Verwaltungsgrenzen hinausblicken und die tatsächlichen geografischen Gegebenheiten der Herausforderungen betrachten, die sie bewältigen wollen – wenn z. B. Fragen des öffentlichen Verkehrs für ein ganzes städtisches Ballungsgebiet gelöst werden müssen und nicht separat von den einzelnen Kommunen angegangen werden sollen. Die für die jeweiligen politischen Maßnahmen geeignete Ebene hängt von der zu bewältigenden Herausforderung ab: Das Einzugsgebiet von Schulen kann sich von dem der Krankenhäuser unterscheiden, und die für Verkehrsfragen zuständigen Stellen arbeiten u. U. in anderen Größenordnungen als die Gesundheitsbehörden. Die Zahl der Verwaltungsebenen kann allerdings nicht endlos multipliziert werden, daher bedarf es Daten, Instrumenten und Institutionen, mit deren Hilfe die vertikale und horizontale Koordinierung auf den verschiedenen staatlichen Ebenen erleichtert werden.

**Die Anpassung der politischen Maßnahmen an die jeweiligen Standorte ist im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen ländlichem und städtischem Raum von besonderer Bedeutung.** Da rd. 78 % der Landbewohner des OECD-Raums nahe einer Stadt leben, ist es wenig sinnvoll, den städtischen und den ländlichen Raum getrennt zu betrachten. Die politischen Maßnahmen für den ländlichen und den

städtischen Raum müssen stärker miteinander verknüpft werden, wenn sie den Realitäten der Standorte Rechnung tragen sollen, an denen sie umgesetzt werden. Stadt-Land-Partnerschaften können zu einer besser integrierten räumlichen Entwicklung beitragen, da sie die potenziellen Nutzeffekte des Arbeitsmarkts, ökologischer Zusammenhänge und sonstiger Wechselbeziehungen zwischen städtischen und ländlichen Gemeinden maximieren.

Die Drosselung der öffentlichen Investitionen bedeutet, dass **die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften mit weniger mehr – und dies dazu auch besser – erreichen müssen**. In diesem Sinne hat der Rat der OECD auf Ministerebene im März 2014 die Recommendation on Effective Public Investment across Levels of Government (Empfehlung über wirksame öffentliche Investitionen auf den verschiedenen Verwaltungsebenen) verabschiedet. Die in der Empfehlung festgelegten Grundsätze werden den Regierungen dabei helfen, die Stärken und Schwächen der Investitionskapazitäten der öffentlichen Hand zu beurteilen und Prioritäten für Verbesserungen zu setzen.

**Der Zentralregierung und den nachgeordneten Gebietskörperschaften/Gliedstaaten kommt bei der Förderung von wirksameren Governance-Lösungen für städtische Ballungsgebiete eine wichtige Rolle zu.** Die Hindernisse für kollektives Handeln sind häufig groß, und selbst wenn Zusammenarbeit für alle Kommunen in einem großen städtischen Ballungsgebiet oder in einer Region von Vorteil ist, findet sich u. U. keine unter ihnen, die über die Kapazitäten und die Anreize verfügt, um die Kosten für die Erfassung der notwendigen Informationen, die Mobilisierung der anderen Kommunen usw. zu übernehmen.

**Eine bessere Governance städtischer Ballungsräume muss wiederum durch eine kohärentere Städtepolitik auf der Ebene der Zentralregierung gestützt werden.** In der Vergangenheit war explizite nationale Städtepolitik, sofern sie existierte, in der Regel knapp bemessen und eher auf die Probleme als auf das Potenzial ausgerichtet. Viele andere Politikbereiche, die weitreichende Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben, werden möglicherweise nie durch eine „städtische Brille“ betrachtet. Wollen die Regierungen die richtigen Entscheidungen im Hinblick auf Städte treffen, müssen sie eine wesentlich umfassendere Vision der Städtepolitik entwickeln, indem sie sektorübergreifende Strategien erarbeiten, in deren Rahmen die Herausforderungen, vor denen Städte stehen, mit einem integrierten Ansatz gelöst werden können.

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Regional Well-Being*  
[www.oecdregionalwellbeing.org](http://www.oecdregionalwellbeing.org)
- *How's Life in Your Region?: Measuring Regional and Local Well-being for Policy Making*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264217416-en>
- *Investing Together: Working Effectively across Levels of Government*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264197022-en>

**INFOECKE**



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Bildung auf einen Blick 2014: OECD-Indikatoren*, OECD Publishing  
 DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/eag-2014-de>



# Bildung und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung

**Der Zugang zu Bildung weitet sich aus, der Einfluss von Bildung und Kompetenzen auf unser Leben nimmt aber ebenfalls zu, wobei ein höherer Bildungsstand mit besseren Beschäftigungs- und Verdienstchancen einhergeht.**

Die Ausweitung des Bildungszugangs setzt sich fort und der Anteil der Erwachsenen mit hoher Lesekompetenz nimmt weiter zu, die sozioökonomische Kluft wird jedoch größer, weil sich der Einfluss von Bildung und Kompetenzen auf die Lebensperspektiven der Einzelnen erheblich erhöht hat.

**Ein hoher Bildungsabschluss und ein hohes Kompetenzniveau werden auf dem Arbeitsmarkt belohnt**

Die Betrachtung der Beschäftigungslage ergibt, dass im Durchschnitt über 80 % der Erwachsenen mit Tertiärabschluss erwerbstätig sind, verglichen mit weniger als 60 % der Personen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II. Allerdings sind auch Personen mit Tertiärbildung, insbesondere junge Erwachsene, nicht immun gegen Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt der OECD-Länder lag die Erwerbslosenquote von Erwachsenen mit Tertiärabschluss 2012 bei 5,0 % (gegenüber 3,3 % im Jahr 2008), unter den 25- bis 34-Jährigen betrug sie jedoch 7,4 % (gegenüber 4,6 % im Jahr 2008). Im Vergleich dazu stieg die Erwerbslosenquote der 25- bis 34-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II von 13,6 % im Jahr 2008 auf 19,8 % im Jahr 2012 (wobei dieser Wert in vielen Ländern sogar noch höher ausfiel). Diese Daten bestätigen erneut, dass die jüngste Wirtschaftskrise junge Erwachsene mit geringem Bildungsstand besonders hart getroffen hat.

Ein Mangel an Kompetenzen verstärkt das Risiko der Arbeitslosigkeit – selbst bei vergleichbarem Bildungsniveau. So waren beispielsweise im Durchschnitt in den 24 Ländern und Regionen einzelner Länder, die an der Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener teilgenommen haben, im Jahr 2012 5,8 % der Erwachsenen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II, aber mit mittlerem Lesekompetenzniveau arbeitslos, gegenüber 8,0 % der Erwachsenen mit ähnlichem Bildungsstand, die allerdings nur ein geringes Niveau an Lesekompetenz vorweisen konnten. Analog dazu waren unter den Erwachsenen mit Tertiärbildung 3,9 % der Personen mit einem niedrigeren Lesekompetenzniveau erwerbslos, im Vergleich zu 2,5 % der Personen mit dem höchsten Kompetenzniveau.

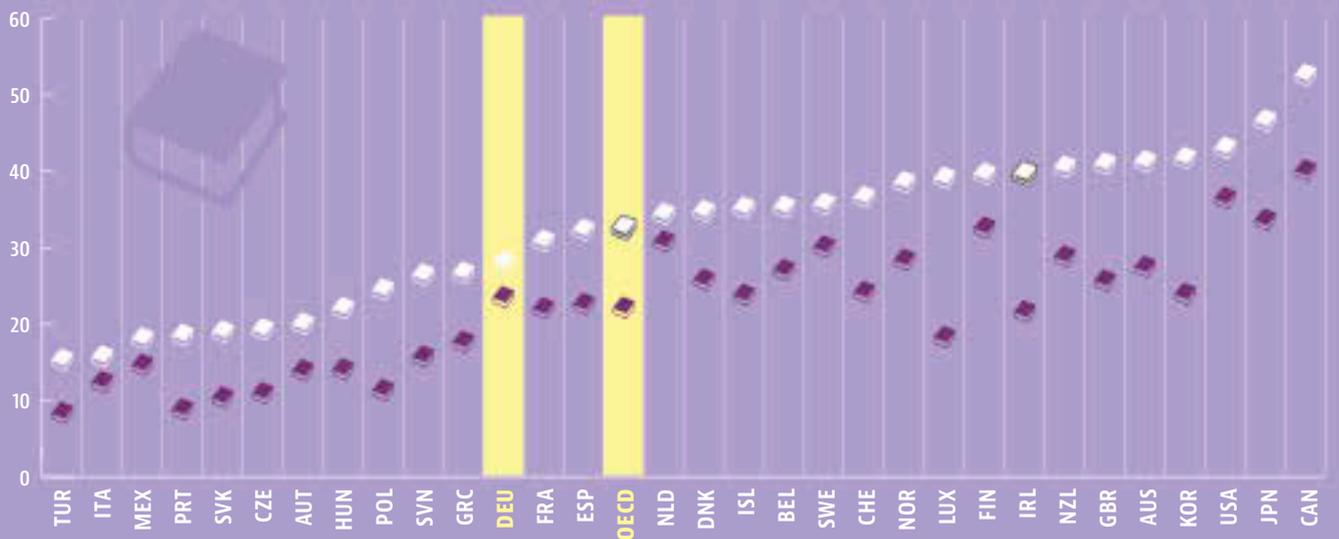
Auch die Einkommensdaten deuten auf ein sich vergrößerndes Gefälle zwischen Personen hin, die über einen bestimmten Bildungsstand verfügen, und solchen, bei denen das nicht der Fall ist. In den OECD-Ländern verdienen Erwachsene mit Tertiärabschluss im Durchschnitt rd. 70 % mehr als diejenigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II. Kompetenzunterschiede beeinflussen ebenfalls das Verdienstniveau, selbst bei Personen mit gleichem Bildungsstand: Im Durchschnitt verdient ein Erwachsener mit Tertiärabschluss, der die höchste Kompetenzstufe im Bereich Lesekompetenz erreicht, rd. 45 % mehr als ein Erwachsener mit ähnlichem Bildungsstand,

# Aus der Statistik

## Mehr Erwachsene verfügen über Tertiärabschluss

% der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss, 2000-2012

2000 2012



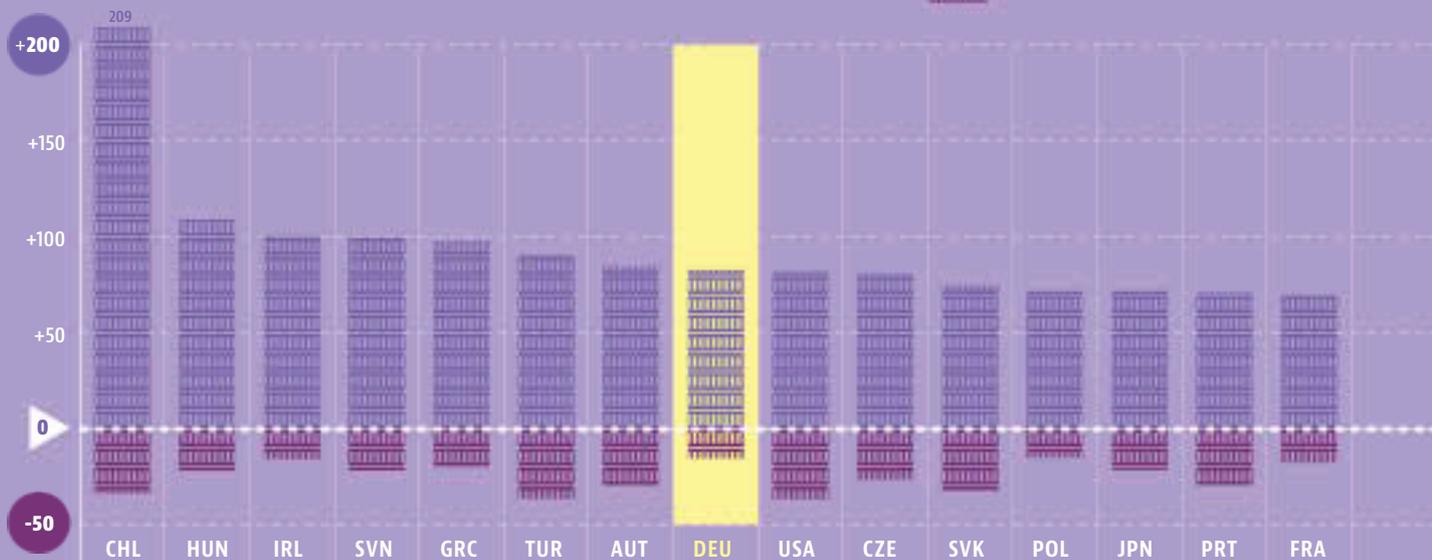
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933114951>

## Relative Einkommen nach Bildungsniveau

Gewinn oder Verlust im Vergleich zu Abschluss des Sekundärbereichs II, 2012

25- bis 64-Jährige mit Einkommen aus Beschäftigung

- Hochschulbildung oder höhere forschungsorientierte Bildung
- Abschluss des Sekundärbereichs II
- Ohne Abschluss des Sekundärbereichs II



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933116205>

# Beschäftigungsquoten nach Bildungsniveau

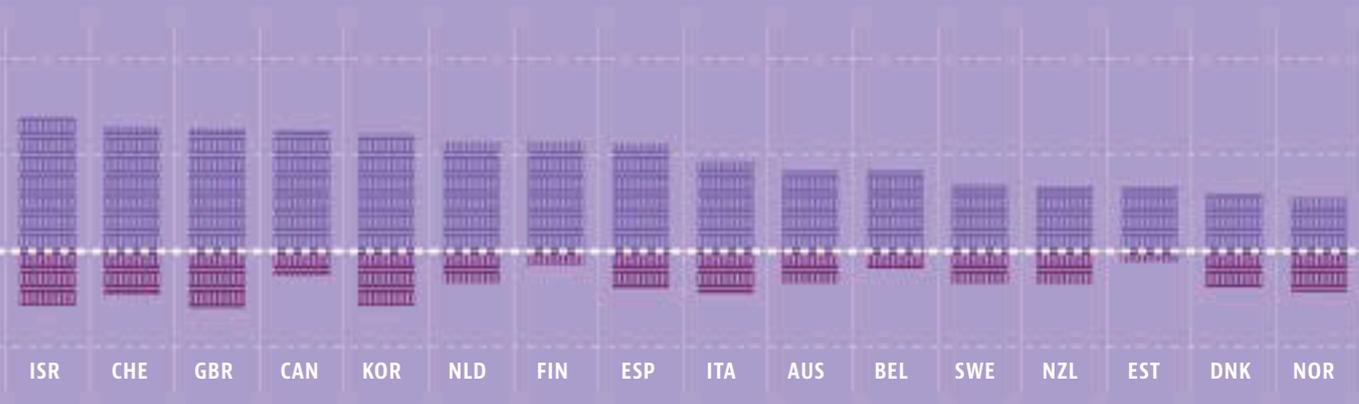
## % der 25- bis 64-Jährigen in einem Beschäftigungsverhältnis

Die Länder sind nach der Beschäftigungsquote der 25- bis 64-Jährigen mit Tertiärabschluss in absteigender Reihenfolge aufgeführt



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933115958>

- |                  |                       |                                  |                         |                        |                                 |   |
|------------------|-----------------------|----------------------------------|-------------------------|------------------------|---------------------------------|---|
| <b>ISO-Codes</b> | <b>AUS</b> Australien | <b>CZE</b> Tschechische Republik | <b>GRC</b> Griechenland | <b>KOR</b> Korea       | <b>NOR</b> Norwegen             | <b>ESP</b> Spanien                        |
|                  | <b>AUT</b> Österreich | <b>DNK</b> Dänemark              | <b>HUN</b> Ungarn       | <b>LVA</b> Lettland    | <b>POL</b> Polen                | <b>SWE</b> Schweden                       |
|                  | <b>BEL</b> Belgien    | <b>EST</b> Estland               | <b>IRL</b> Irland       | <b>LUX</b> Luxemburg   | <b>PRT</b> Portugal             | <b>CHE</b> Schweiz                        |
|                  | <b>BRA</b> Brasilien  | <b>FIN</b> Finnland              | <b>ISL</b> Island       | <b>MEX</b> Mexiko      | <b>RUS</b> Russische Föderation | <b>TUR</b> Türkei                         |
|                  | <b>CAN</b> Kanada     | <b>FRA</b> Frankreich            | <b>ITA</b> Italien      | <b>NLD</b> Niederlande | <b>SVK</b> Slowakische Republik | <b>GBR</b> Vereinigtes Königreich         |
|                  | <b>CHL</b> Chile      | <b>DEU</b> Deutschland           | <b>ISR</b> Israel       | <b>NZL</b> Neuseeland  | <b>SVN</b> Slowenien            | <b>USA</b> Vereinigte Staaten von Amerika |



# Bildung und Kompetenzen gewinnen zunehmend an Bedeutung

dessen Leistungen im Bereich Lesekompetenz der untersten Kompetenzstufe gemäß der Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener entsprechen.

## In den meisten Ländern ist die absolute Bildungsmobilität nach oben hin stärker ausgeprägt als nach unten

In vielen OECD-Ländern hat der Ausbau der Bildungssysteme, sowohl im Sekundarbereich II und im postsekundären nichttertiären Bereich als auch im Tertiärbereich, den 25- bis 34-Jährigen die Chance geboten, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen als ihre Eltern. Im Durchschnitt der OECD-Länder, die 2012 an der Erhebung über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (die aus der Internationalen Vergleichsstudie der Kompetenzen Erwachsener der OECD – PIAAC – hervorgegangen ist) teilgenommen haben, ist es 32 % der jungen Menschen gelungen, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen als ihre Eltern, wohingegen nur 16 % den Bildungsstand der Eltern nicht erreicht haben. In allen Ländern, außer in Estland, Deutschland, Norwegen und Schweden, ist absolute Bildungsmobilität nach oben häufiger als nach unten. Der Ausbau des Bildungswesens war in Frankreich, Irland, Italien, Korea, Spanien und der Russischen Föderation besonders ausgeprägt; hier beträgt der Unterschied zwischen der Aufwärts- und der Abwärtsmobilität mindestens 30 Prozentpunkte.

## Weitere wichtige Ergebnisse

Nahezu 40 % der 25- bis 34-Jährigen verfügen heute über einen **Tertiärabschluss**, womit dieser Anteil um 15 Prozentpunkte größer ist als in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen.

Im Durchschnitt ist der Anteil der jüngeren Erwachsenen, der im Bereich **Lesekompetenz** die höchsten Kompetenzstufen erreicht, um 10 Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil der älteren Erwachsenen.

In der Mehrheit der OECD-Länder beginnen die meisten Kinder ihre Bildungslaufbahn heute deutlich vor Vollendung des 5. Lebensjahrs. Mehr als drei Viertel der 4-Jährigen in den OECD-Ländern (84 %) nehmen an **frühkindlicher Bildung und Primarschulbildung** teil; in den OECD-Ländern, die zur Europäischen Union gehören, sind es 89 % der 4-Jährigen.

Etwa 72 % der Schülerinnen und Schüler, die einen **Bildungsgang des Sekundarbereichs II** beginnen, absolvieren diesen in der regulären Ausbildungsdauer. Wird für die Erlangung des Abschlusses im Sekundarbereich II ein um zwei Jahre verlängerter Zeitraum zu Grunde gelegt, schließen im Durchschnitt der OECD-Länder 87 % der Schülerinnen und Schüler den entsprechenden Bildungsgang zwei Jahre nach der vorgesehenen Zeit erfolgreich ab.

Im Durchschnitt der OECD-Länder befanden sich 2012 49 % der 15- bis 29-Jährigen in Bildung oder Ausbildung. Von den übrigen 51 % waren 36 % beschäftigt, während 7 % erwerbslos waren und 8 % nicht am Arbeitsmarkt teilnahmen.

Die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs und in geringerem Maße die des Elementarbereichs werden am stärksten aus privaten Mitteln finanziert: mit 31 % bzw. 19 %. In allen Ländern (außer Italien), für die vergleichbare Daten vorliegen, stiegen zwischen 2000 und 2011 die **öffentlichen Ausgaben** für Bildungseinrichtungen in allen Bildungsbereichen zusammengenommen. Da jedoch immer mehr private Haushalte einen Teil der Bildungskosten übernehmen, nahm die **private Finanzierung** in mehr als drei Viertel der Länder sogar noch stärker zu.

Zwischen 2005 und 2011 ist der für Bildung aufgewendete Anteil der **öffentlichen Ausgaben** in zwei Drittel der Länder zwar geschrumpft, während des kürzeren Zeitraums 2008–2011 – auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise – sind die öffentlichen Bildungsausgaben in 16 der 31 Länder mit verfügbaren Daten aber schneller gestiegen (bzw. langsamer gesunken) als die öffentlichen Ausgaben für alle sonstigen Leistungsbereiche.

Ein Master-Abschluss für **Lehrkräfte** im Elementarbereich ist lediglich in vier der 35 Länder mit verfügbaren Daten Voraussetzung, wohingegen ein solcher Abschluss von Lehrkräften im Sekundarbereich II, die allgemeinbildende Fächer unterrichten, in 22 der 36 Länder mit verfügbaren Daten verlangt wird.

Die **berufliche Fortbildung von Lehrkräften** ist in rund drei Viertel der OECD- und Partnerländer, für die Daten vorliegen, in allen Bildungsbereichen vorgeschrieben. Während Fortbildung in 17 Ländern von allen Lehrkräften im Sekundarbereich I und in acht Ländern für eine Beförderung oder Gehaltserhöhung verlangt wird, ist sie in sechs Ländern nicht vorgeschrieben.

2012 waren mehr als 4,5 Millionen Studierende im Tertiärbereich in Studiengängen außerhalb des Landes ihrer Staatsangehörigkeit eingeschrieben. Australien, Österreich, Luxemburg, Neuseeland, die Schweiz und das Vereinigte Königreich weisen den höchsten prozentualen Anteil **internationaler Studierender** an der Gesamtzahl der in ihrem Land eingeschriebenen Studierenden auf.

## WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *TALIS 2013 Results: An International Perspective on Teaching and Learning*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264196261-en>
- *Skills Outlook 2013: First Results from the Survey of Adult Skills*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264204256-en>
- *Trends Shaping Education 2013*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/trends\\_edu-2013-en](http://dx.doi.org/10.1787/trends_edu-2013-en)

## INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Green Growth Indicators 2014*, *OECD Green Growth Studies*, OECD Publishing  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264202030-en>

# Messung der Fortschritte auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum

**Die Green-Growth-Indikatoren der OECD unterstützen Regierungen bei der Ausgestaltung einer Politik, die das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung fördert und zugleich sicherstellt, dass Naturgüter weiter die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der Druck auf die Umwelt in einigen Bereichen nachließ. Es besteht jedoch das Risiko, dass dieser Druck mit fortschreitender Erholung des Wirtschaftswachstums wieder zunehmen und rasch das Vorkrisenniveau überschreiten wird.**

Die Green-Growth-Indikatoren der OECD sind nach vier Hauptzielen gegliedert: Schaffung einer CO<sub>2</sub>-armen, ressourceneffizienten Wirtschaft; Erhalt des Naturkapitals; Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung; Umsetzung geeigneter politischer Maßnahmen und Nutzung der durch umweltverträgliches Wachstum („Green Growth“) gebotenen wirtschaftlichen Chancen. Es wurden **sechs Leitindikatoren** für eine ausgewogene Darstellung zentraler Elemente umweltverträglichen Wachstums festgelegt: CO<sub>2</sub>- und Materialproduktivität, Multifaktorproduktivität unter Berücksichtigung von Umweltleistungen, ein Naturressourcenindex, Veränderungen der Landnutzung und -bedeckung sowie die Luftschadstoffexposition der Bevölkerung.

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat dafür gesorgt, dass der Druck auf die Umwelt in einigen Bereichen nachließ. Ohne eine Stärkung der entsprechenden politischen Maßnahmen aber wird dieser Druck mit fortschreitender Erholung des Wirtschaftswachstums wieder zunehmen und rasch das Vorkrisenniveau überschreiten.

Es sind intensivere, dauerhafte Anstrengungen zur effizienteren Nutzung von Energie und natürlichen Ressourcen erforderlich, um die Umweltschädigung umzukehren, das Naturkapital der Volkswirtschaft zu erhalten und die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Die Verbesserung des Humankapitals durch Bildung und Kompetenzentwicklung ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung.

## **Verbessert sich unsere Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen und Umweltleistungen?**

In den letzten 20 Jahren ist die Umweltproduktivität der OECD-Volkswirtschaften bezogen auf die **CO<sub>2</sub>-Emissionen** sowie den **Energie- und Materialeinsatz** zwar gestiegen, es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und Sektoren. Bei den Kohlendioxidemissionen und beim Einsatz fossiler Brennstoffe ist eine Entkopplung vom

Wirtschaftswachstum eingetreten, und erneuerbare Energien spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Diversifizierung und Dekarbonisierung der Energieversorgung. Die OECD-Länder erzeugen heute eine höhere Wertschöpfung je eingesetzter Einheit an materiellen Ressourcen als im Jahr 1990, und die Bemühungen um ein verstärktes Recycling von Abfällen zahlen sich allmählich aus. Beim Nährstoffeinsatz in der Landwirtschaft sind ebenfalls Verbesserungen festzustellen: Die Nährstoffüberschüsse gehen im Verhältnis zur Produktion zurück.

Diese Entwicklungen sind auf eine Kombination aus verschiedenen Faktoren zurückzuführen: Politische Maßnahmen, den krisenbedingten Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors, Offshoring von ressourcen- und verschmutzungsintensiver Produktion sowie steigende Handelsvolumen.

In vielen Bereichen sind die Produktivitätssteigerungen gering und die Umweltbelastungen nach wie vor hoch: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen weiter, fossile Brennstoffe dominieren nach wie vor den Energiemix und profitieren mitunter von staatlichen Finanzhilfen, das Wirtschaftswachstum beruht immer noch auf einem hohen Einsatz an materiellen Ressourcen, und viele Wertstoffe werden weiterhin als Abfall entsorgt.

## **Wird das Naturkapital unserer Volkswirtschaften erhalten?**

Die Informationen, die zur Evaluierung der natürlichen Ressourcen von Ländern zur Verfügung stehen, sind unvollständig und von unterschiedlicher Qualität. Beim Management erneuerbarer natürlicher Ressourcen wurden in quantitativer Hinsicht Fortschritte erzielt. Die globale **Fischproduktion** aus der Meeresfischerei hat sich stabilisiert, die forstwirtschaftliche Nutzung von **Waldressourcen** befindet sich auf einem nachhaltigen Kurs, und die Entnahme erneuerbarer **Süßwasserressourcen** bleibt trotz steigender Nachfrage stabil.

# Aus der Statistik

## Luftverschmutzung in städtischen Ballungsgebieten

Durchschnittliche individuelle Feinstaubbelastung (PM10),  $\mu\text{g}/\text{m}^3$

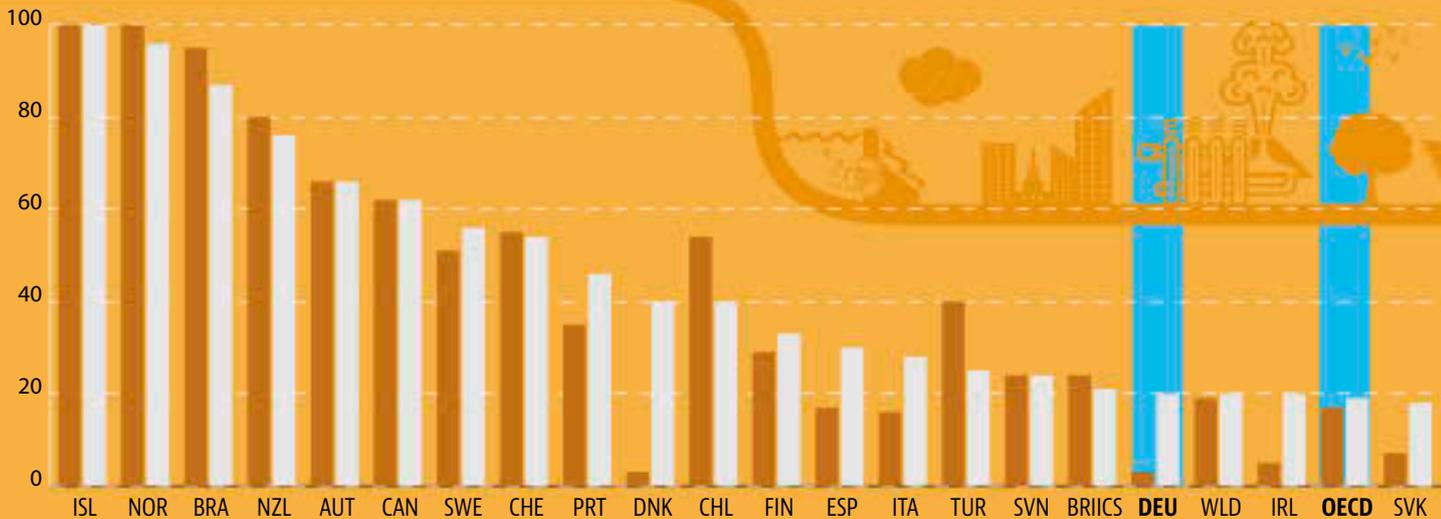
1990 2010 WHO-Grenzwert (Jahresmittel:  $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$ )



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925654>

## Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung

% der erneuerbaren Energien an Stromerzeugung  
■ 1990 ■ 2011

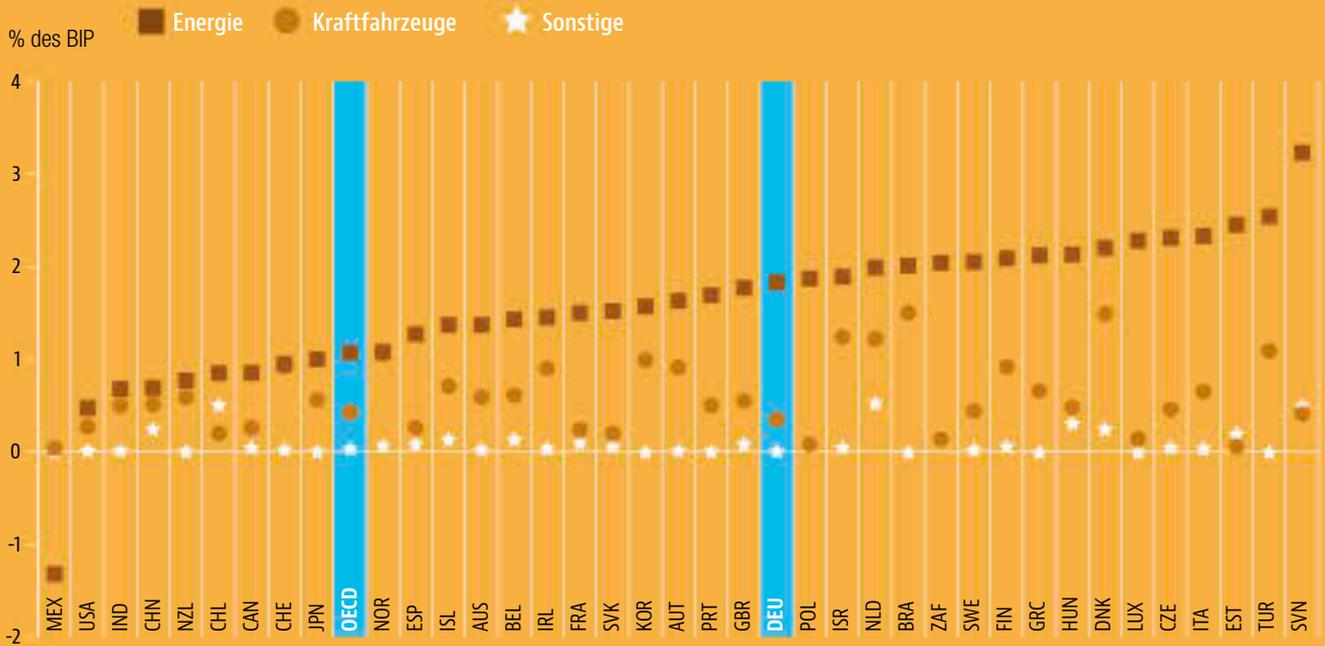


StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925255>

# In vielen Ländern ist der Einsatz von Umweltsteuern weiterhin begrenzt

## Aufschlüsselung der Einnahmen aus Umweltsteuern als % des BIP, 2012

Vom niedrigsten zum höchsten Wert für Energie sortiert



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932925825>

- ISO-Codes**
- |                                  |                         |                       |                                 |   |
|----------------------------------|-------------------------|-----------------------|---------------------------------|---|
| <b>AUS</b> Australien            | <b>DNK</b> Dänemark     | <b>IND</b> Indien     | <b>MEX</b> Mexiko               | <b>SVK</b> Slowakische Republik           |
| <b>AUT</b> Österreich            | <b>EST</b> Estland      | <b>IDN</b> Indonesien | <b>NLD</b> Niederlande          | <b>SVN</b> Slowenien                      |
| <b>BEL</b> Belgien               | <b>FIN</b> Finnland     | <b>IRL</b> Irland     | <b>NOR</b> Norwegen             | <b>ESP</b> Spanien                        |
| <b>BRA</b> Brasilien             | <b>FRA</b> Frankreich   | <b>ISR</b> Israel     | <b>POL</b> Polen                | <b>SWE</b> Schweden                       |
| <b>CAN</b> Kanada                | <b>DEU</b> Deutschland  | <b>ITA</b> Italien    | <b>PRT</b> Portugal             | <b>CHE</b> Schweiz                        |
| <b>CHL</b> Chile                 | <b>GRC</b> Griechenland | <b>JPN</b> Japan      | <b>RUS</b> Russische Föderation | <b>TUR</b> Türkei                         |
| <b>CHN</b> China                 | <b>HUN</b> Ungarn       | <b>KOR</b> Korea      | <b>ZAF</b> Südafrika            | <b>GBR</b> Vereinigtes Königreich         |
| <b>CZE</b> Tschechische Republik | <b>ISL</b> Island       | <b>LUX</b> Luxemburg  |                                 | <b>USA</b> Vereinigte Staaten von Amerika |



## Messung der Fortschritte auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum

Insgesamt ist der Druck auf die natürlichen Ressourcen jedoch weiter hoch, und es bestehen nach wie vor bedeutende Herausforderungen im Hinblick auf die Qualität der natürlichen Ressourcen, die von ihnen erbrachten Ökosystemleistungen und das integrierte Management dieser Ressourcen. Gebiete mit großer biologischer Vielfalt nehmen kontinuierlich ab, und viele Ökosysteme degradieren. Besonders bedroht ist die **Biodiversität** in Ländern mit hoher Bevölkerungsdichte sowie dort, wo Landnutzungsänderungen und die Infrastrukturentwicklung eine zunehmende Fragmentierung der natürlichen Lebensräume bewirken. Viele **Tier- und Pflanzenarten** sind vom Aussterben bedroht, ein Drittel der weltweiten Fischbestände ist überfischt, und viele **Wälder** sind von Degradation, Fragmentierung oder Umwidmung in andere Landnutzungsarten bedroht. Der Druck auf die Wasserressourcen ist anhaltend hoch; in einigen Fällen könnte die Wirtschaftstätigkeit durch lokale Wasserknappheit eingeschränkt werden.

### Sorgen Umweltverbesserungen für höhere Lebensqualität?

Die meisten Menschen im OECD-Raum haben Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung; fast 80 % der Bevölkerung sind an eine öffentliche Kläranlage angeschlossen. Die Exposition der Bevölkerung gegenüber Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyde und Partikel nimmt ab. Zugleich beeinträchtigen aber bodennahes Ozon, Stickoxide und Feinstaub nach wie vor die menschliche Gesundheit. Schätzungen zu den Kosten der Luftverschmutzung in OECD-Ländern zeigen, dass die Nutzeffekte einer weiteren Verringerung der Luftverschmutzung erheblich sein könnten. Darüber hinaus bestehen weiterhin Herausforderungen im Hinblick auf die Modernisierung veralteter Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungssysteme sowie den Zugang zu effizienter Abwasserbehandlung in kleinen oder abgelegenen Siedlungen.

### Eröffnet eine Ökologisierung des Wachstums wirtschaftliche Chancen?

Die Bemühungen vieler Länder, durch die Förderung neuer Technologien und Innovationen sowie den Einsatz ökonomischer Instrumente eine Green-Growth-Politik umzusetzen, gewinnen zunehmend an Dynamik. Allerdings liegen nach wie vor kaum vergleichbare Informationen über die wirtschaftlichen Chancen – im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit – vor, die mit einer Politik des umweltverträglichen Wachstums einhergehen. Die dynamischen Aspekte eines solchen Wachstums sind statistisch schwer zu erfassen. Dementsprechend konzentrieren sich viele Messungen bislang auf „grüne Aktivitäten“ anstelle der „grünen Umgestaltung“ der Wirtschaft und der globalen Lieferketten.

Sektoren, die **umweltbezogene Güter und Dienstleistungen** herstellen, machen einen wachsenden (wenn auch bescheidenen) Anteil an der Gesamtwirtschaft aus. Die öffentlichen **FuE-**

Ausgaben für die Bereiche Umwelt und Energieeffizienz sind ebenso wie der Anteil der **Umweltpatente** gestiegen. Der Einsatz **umweltbezogener Steuern** nimmt zu, ist jedoch im Vergleich zur Besteuerung des Faktors Arbeit immer noch gering. Der Anteil der Agrarstützungsmaßnahmen, die die Umwelt am meisten belasten, ist zurückgegangen, während der Anteil der Stützungsmaßnahmen mit Umweltauflagen gestiegen ist.

Die Bedeutung **internationaler Finanzströme**, die ein umweltverträglicheres Wachstum fördern, nimmt ebenfalls zu. Während der **CO<sub>2</sub>-Markt** auf Grund der Finanzkrise und der gesunkenen Industrieproduktion geschrumpft ist, sind neue Chancen im Bereich der sauberen Energie entstanden, in dem die internationalen **Investitionen** bereits das Investitionsvolumen, das in fossile Brennstofftechnologien fließt, überschritten haben. Für neue wirtschaftliche Chancen sorgen auch Finanzinstitute mit der Begehung **grüner Anleihen** sowie **Exportkreditanstalten** durch die Erleichterung privater Investitionen in Projekte, die Umweltverträglichkeitsprüfungen durchlaufen. Die umweltbezogenen Leistungen im Rahmen der **Entwicklungszusammenarbeit** sind weiter gestiegen, und die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit für erneuerbare Energien sind mittlerweile höher als die Mittel für nicht erneuerbare Energien.

Bei vielen Entwicklungen handelt es sich jedoch noch um Randerscheinungen, und den politischen Maßnahmen mangelt es oft an Kohärenz, wodurch der Übergang zu umweltverträglichem Wachstum erschwert wird. Produktion und Verbrauch **fossiler Brennstoffe** werden von den Ländern nach wie vor auf vielerlei Art und Weise unterstützt. Darüber hinaus verhindern unterschiedliche **Energiesteuersätze**, eine niedrige steuerliche Belastung von Energieträgern mit erheblichen Umweltauswirkungen sowie Ausnahmeregelungen für den Brennstoffverbrauch in einigen Sektoren den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaftsweise. Reformen in diesem Bereich bieten den Ländern die Chance, ihre Steuereinnahmen zu steigern und zugleich ihre umweltpolitischen Ziele kosteneffektiver zu erreichen.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *Towards Green Growth in Southeast Asia*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264224100-en>
- *Policy Instruments to Support Green Growth in Agriculture*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264203525-en>
- *OECD Umweltprüfberichte*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/19900155>

**INFOECKE**



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD/FAO (2014), *OECD-FAO Agricultural Outlook 2014-2023*, OECD Publishing  
 DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/agr\\_outlook-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/agr_outlook-2014-en)

# Agrarausblick – Nahrung für die Welt

Die Landwirte und Fischer werden in den nächsten 10 Jahren in der Lage sein, die weltweite Nachfrage zu decken. Steigende Einkommen, Urbanisierung und neue Essgewohnheiten werden den Übergang zu Ernährungsweisen, die reicher an Protein, Fett und Zucker sind, verstärken. Die Preise werden steigen, aber unter den historischen Höchstständen bleiben. Indien ist angesichts einer überwiegend vegetarischen Ernährungsweise, einer großen Anbaufläche und einer von langsamer Urbanisierung geprägten Gesellschaft mit einzigartigen Chancen und Herausforderungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass die Pro-Kopf-Erzeugung und der Pro-Kopf-Konsum von Nahrungsmitteln weiter zunehmen werden.

Die internationalen Preise für wichtige Anbaukulturen sind gegenüber ihren historischen Höchstständen erheblich zurückgegangen, was hauptsächlich auf die Rekordernte 2013/2014 zurückzuführen ist. Im Gegensatz dazu haben die Preise für Fleisch und Milchprodukte im langjährigen Vergleich hohe Niveaus erreicht, weil ihr Angebot 2013 hinter den Erwartungen zurückblieb. Die Weltmarktpreise für Ethanol und Biodiesel setzten angesichts eines reichlichen Angebots ihren Rückgang von den historischen Höchstständen, die sie 2011 erreicht hatten, fort.

Die **Nachfrage nach Agrarerzeugnissen** dürfte stabil bleiben, wengleich mit niedrigeren Wachstumsraten als im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum. Getreide ist nach wie vor der Hauptbestandteil der menschlichen Ernährung, steigende Einkommen, Urbanisierung und sich verändernde Essgewohnheiten tragen jedoch zum Übergang zu Ernährungsweisen mit einem höheren Gehalt an Protein, Fett und Zucker bei.

Im kommenden Zehnjahreszeitraum werden **Viehzucht und Biokraftstoffherstellung** den Projektionen zufolge schneller wachsen als die **Ackerfruchtproduktion**. Diese sich verändernde Struktur der weltweiten Agrarproduktion führt zu einer Schwerpunktverlagerung weg von Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Reis und hin zu grobkörnigem Getreide und Ölsaaten, um die Nachfrage nach Nahrungsmitteln, Futter und Biokraftstoff zu decken. Der Großteil der zusätzlichen Produktion wird in Regionen erzeugt werden, wo bestimmende Faktoren wie die Verfügbarkeit von Land und Wasser und die Regulierungsaufgaben die geringsten Beschränkungen auferlegen.

Die **Preise für Anbaukulturen** werden voraussichtlich noch ein oder zwei Jahre fallen, bevor sie sich auf einem Niveau stabilisieren,

das über dem vor 2008 verzeichneten Niveau, aber deutlich unter den jüngsten Höchstständen liegt. Die Fleisch-, Milch- und Fischpreise werden wahrscheinlich steigen. Mittelfristig werden die Preise für Anbaukulturen und tierische Erzeugnisse den Prognosen zufolge in realer Rechnung jedoch zurückgehen. Bei dem Verhältnis von Getreidebeständen zum Verbrauch ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen, was die Befürchtungen über Preisvolatilität mindern dürfte.

Die **weltweite Fischproduktion** wird hauptsächlich von Zuwächsen in der Aquakultur in Entwicklungsländern angetrieben werden. Anhaltend hohe Kosten in einem Umfeld fester Nachfrage werden die Fischpreise eindeutig über ihren historischen Durchschnittswerten halten, wodurch das Konsumwachstum im kommenden Zehnjahreszeitraum gebremst wird. Das Produktionswachstum wird hauptsächlich aus den Entwicklungsländern in Asien und Lateinamerika kommen.

Der **Handel** wächst weiter, wenn auch langsamer als im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum. Amerika wird seine Position als führende Exportregion sowohl wertmäßig als auch volumenmäßig ausbauen, während Afrika und Asien die Nettoimporte erhöhen werden, um ihre steigende Nachfrage zu befriedigen.

Die Nachfrage- und Angebotsbedingungen können auf Grund der **jüngsten Politikreformen mit Blick auf die Agrar- und Fischereimärkte** besser auf Marktsignale reagieren, sie werden jedoch nach wie vor von politischen Maßnahmen wie Erzeugerstützung, öffentliche Lagerhaltung und Vorschriften über den Einsatz von Biokraftstoff beeinflusst. Weitere Politikänderungen sind im Gang. Das Landwirtschaftsgesetz der Vereinigten Staaten von 2014 und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union von 2013 wurden im Verlauf des

# Aus der Statistik

## Nahrungsmittelpreise schwanken stärker in Entwicklungsländern

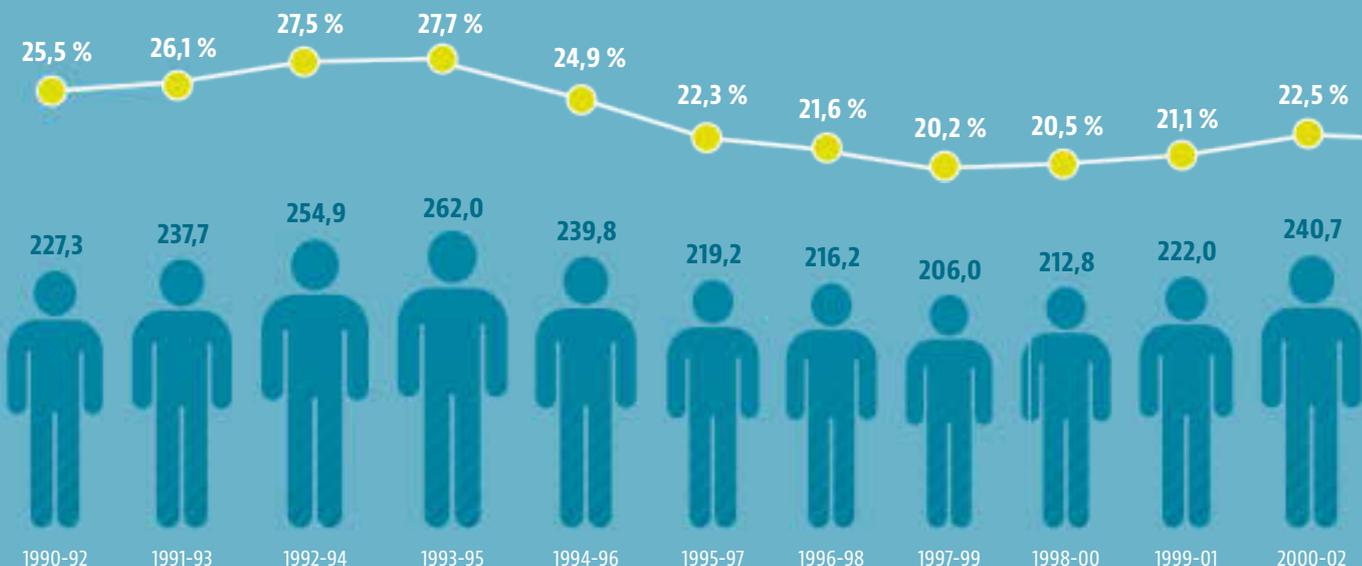
Tatsächliche Inflation der Nahrungsmittelpreise



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933098725>

## Weniger Hunger in Indien

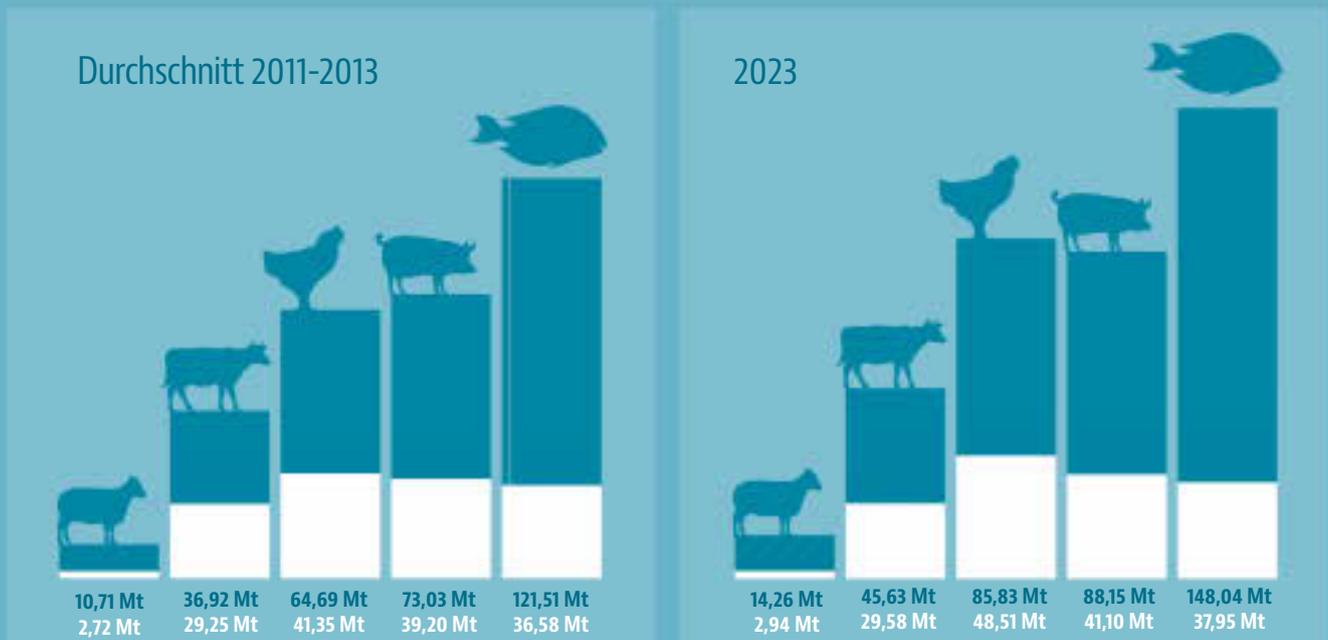
Unterernährte Menschen (in Mio.) Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)



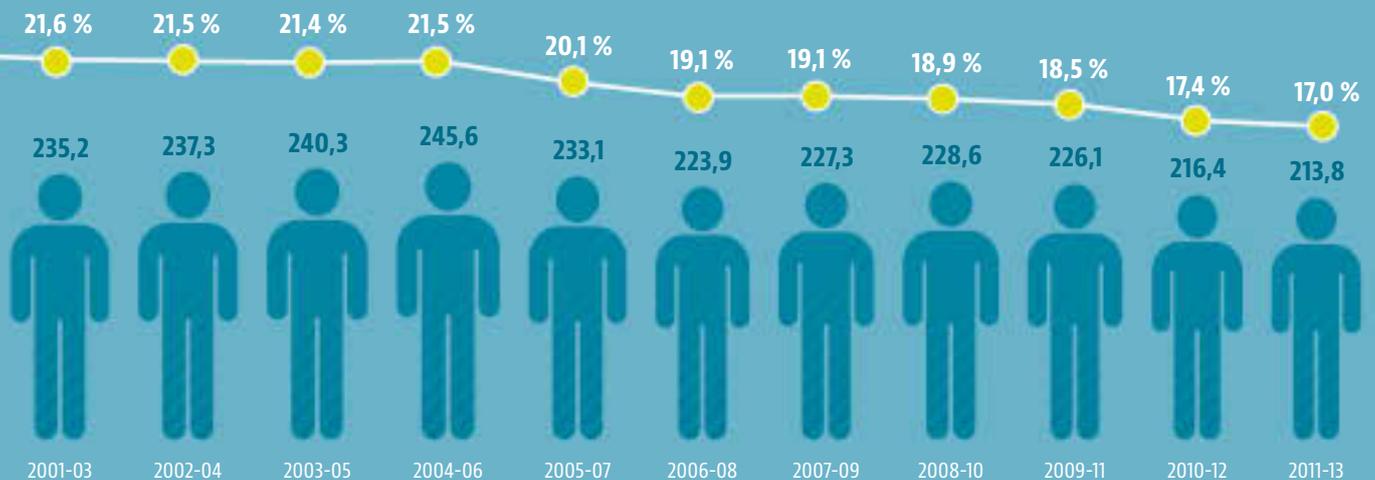
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933099067>

## Steigender Fleisch- und Fischkonsum in den Entwicklungsländern

● Entwickelte Länder ● Entwicklungsländer Mt = Mio. Tonnen



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933098763>



# Agrarausblick – Nahrung für die Welt

letzten Jahres verabschiedet, sie sind in den aktuellen Prognosen jedoch nicht berücksichtigt, weil die Durchführungsbestimmungen noch nicht abgeschlossen sind.

## Schwerpunkte der globalen Agrarproduktion bis 2023

**Getreide:** Die Weltmarktpreise für die wichtigsten Getreidesorten werden zu Beginn des Betrachtungszeitraums zurückgehen, was den Welthandel ankurbeln dürfte. Die Lagerbestände werden den Prognosen zufolge zunehmen, wobei die Reisbestände in Asien Rekordniveaus erreichen dürften.

**Ölsaaten:** Der Anteil der für Ölsaaten genutzten Ackerfläche nimmt weltweit weiter zu, wenn auch in einem langsameren Tempo, da die anhaltende Nachfrage nach Pflanzenöl die Preise nach oben treibt.

**Zucker:** Nach einem Rückgang Ende 2013 werden sich die internationalen Zuckerpreise angetrieben durch die starke globale Nachfrage wieder erholen. Die Exporte aus Brasilien, dem weltweit führenden Zuckerexporteur, werden durch den Ethanolmarkt beeinflusst werden.

**Fleisch:** Eine feste Importnachfrage aus Asien und die Wiederauffüllung der Bestände in Nordamerika lassen die Fleischpreise ansteigen, wobei die Rindfleischpreise Rekordniveaus erreichen. Geflügel und Schweinefleisch im Betrachtungszeitraum als das am meisten konsumierte Fleischprodukt überholen.

**Milcherzeugnisse:** Die Preise gehen in der Folge der andauernden Produktivitätssteigerungen in den wichtigsten Erzeugerländern und des erneuten Wachstums in China leicht von ihrem derzeitigen hohen Niveau zurück. Indien überholt die Europäische Union als größter Milcherzeuger der Welt und wird die Exporte von Magermilchpulver im Betrachtungszeitraum erheblich steigern.

**Fischerei:** Das Wachstum der Aquakulturproduktion wird sich auf Asien konzentrieren. Die Aquakultur bleibt einer der am schnellsten wachsenden Nahrungsmittelsektoren und wird den Wildfang 2014 als wichtigste Fischquelle für den menschlichen Verzehr überholen.

**Biokraftstoffe:** Es ist damit zu rechnen, dass der Verbrauch und die Produktion von Biokraftstoffen – vor allem Ethanol und Biodiesel auf Zuckerbasis – um mehr als 50 % zunehmen werden. Der Ethanolpreis steigt entsprechend dem Rohölpreis, während der Biodieselpreis enger mit der Entwicklung des Pflanzenölpreises verbunden ist.

**Baumwolle:** Der zu erwartende Abbau der globalen Altvorräte wird den Verbrauch in Folge sinkender Preise ankurbeln, bevor die Preise 2023 wieder anziehen.

## Indien im Fokus

Im Mittelpunkt dieser Ausgabe des Ausblicks steht Indien, das zweitbevölkerungsreichste Land der Erde mit der größten Anzahl von Landwirten und der größten Anzahl von Menschen, die unter Ernährungsunsicherheit leiden. Der Ausblick beschreibt ein **relativ optimistisches Szenario für Indien**, da es dem Land den Prognosen zufolge gelingen wird, insbesondere durch Impulse von Sektoren mit höherer Wertschöpfung, das Pro-Kopf-Wachstum der Produktion und des Konsums von Nahrungsmitteln aufrechtzuerhalten.

Das neue Gesetz zur Ernährungssicherheit (National Food Security Act) ist das größte Programm zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung, das jemals in Angriff genommen wurde, da es mehr als 800 Millionen Menschen zum Bezug fester Rationen subventionierten Getreides berechtigt (rd. 90 % unter dem Einzelhandelspreis). Die Umsetzung stellt eine große Herausforderung dar.

Subventionen zur Förderung eines größeren Einsatzes von Kunstdünger, Pflanzenschutzmitteln, Saatgut, Wasser, Strom und Kredit sowie Marktpreisstützung haben im vorangegangenen Zehnjahreszeitraum zu einem starken jährlichen Wachstum der Agrarproduktion beigetragen. Diese Programme fördern das Produktionswachstum weiterhin und versetzen Indien in die Lage, das Pro-Kopf-Angebot deutlich auszuweiten, wenngleich die absoluten Wachstumsraten im kommenden Zehnjahreszeitraum auf Grund der steigenden Beanspruchung der Ressourcen sinken werden.

Die Ernährungsweise der indischen Bevölkerung wird zwar weitgehend vegetarisch bleiben, sie wird sich jedoch diversifizieren. Der Getreidekonsum wird voraussichtlich zunehmen, durch den steigenden Konsum von Milch und Milchprodukten, Hülsenfrüchten sowie Obst und Gemüse wird die Nahrung jedoch nährstoffreicher. Fisch wird ebenfalls eine wichtige und wachsende Proteinquelle darstellen, während der Fleischkonsum zwar stark zunehmen, aber immer noch zu den niedrigsten der Welt gehören wird.

Zu den **wichtigsten Unsicherheitsfaktoren** gehören die makroökonomische Entwicklung des Landes, die Nachhaltigkeit der Ertragssteigerung und die Tragfähigkeit der staatlichen Programme.

## Anmerkung zu den makroökonomischen Annahmen

In dem diesem Ausblick zu Grunde liegenden makroökonomischen Annahmen wird für die OECD-Länder ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 2,2 % unterstellt. Die Wirtschaftsaussichten sind für viele aufstrebende Volkswirtschaften robust, werden aber im Vergleich zum vorangegangenen Zehnjahreszeitraum leicht nach unten revidiert. Die meisten afrikanischen Volkswirtschaften verzeichnen ein starkes Wachstum. Ein stärkerer US-Dollar wird die Wettbewerbsfähigkeit zahlreicher Länder beeinträchtigen. Es wird davon ausgegangen, dass der Rohölpreis bis 2023 einen Wert von 147 US-\$ pro Barrel erreicht.

### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

- *OECD Compendium of Agri-environmental Indicators*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264186217-en>
- *Climate Change, Water and Agriculture: Towards Resilient Systems*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264209138-en>
- *Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2014: OECD Countries*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/agr\\_pol-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/agr_pol-2014-en)

## INFOECKE



Die Texte und Grafiken basieren auf OECD (2014), *Perspectives on Global Development 2014: Boosting Productivity to Meet the Middle-Income Challenge*, OECD Publishing

DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/persp\\_glob\\_dev-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/persp_glob_dev-2014-en)

# Produktivität – die nächste Herausforderung



**Wenn keine Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität ergriffen werden, besteht die Gefahr, dass das rasche Wachstum der aufstrebenden Volkswirtschaften gebremst wird.**

**Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe sind nicht auf Kurs, sich dem Pro-Kopf-Einkommen der OECD-Länder anzunähern:** Das starke Wachstum, das während eines Großteils des letzten Jahrzehnts zu verzeichnen war, hat den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft deutlich erhöht. Aber wird dieser Prozess der „Wohlstandsverlagerung“ es diesen Ländern letztlich ermöglichen, zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen des OECD-Raums aufzuschließen? Nach einer langen Periode beeindruckender Fortschritte hat in einigen Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe eine Verlangsamung der Wachstumsraten eingesetzt. Bei den derzeitigen Wachstumsraten wird es einigen Ländern der mittleren Einkommensgruppe nicht gelingen, bis 2050 das durchschnittliche Einkommensniveau der OECD-Länder zu erreichen. Diese Herausforderung wird durch die Konjunkturabschwächung in China, dessen rasches Wachstum sich bisher positiv auf die Nachbarländer und Zulieferer, insbesondere Rohstoffexporteure, auswirkte, noch verschärft.

**Produktivitätswachstum ist von entscheidender Bedeutung:** Während des Übergangs einer Volkswirtschaft weg von der unteren Einkommensstufe wird die Produktivität gesteigert, indem der Faktor Arbeit von Sektoren mit niedriger Produktivität in Sektoren mit höherer Produktivität verlagert wird. Diese Verlagerung kann selbst in Ländern der mittleren Einkommensgruppe, beispielsweise in Indien und Indonesien, ein wichtiger Faktor bleiben. Sobald sich dieser Prozess verlangsamt, muss der Schwerpunkt jedoch zunehmend auf Produktivitätssteigerungen innerhalb der einzelnen Sektoren gelegt werden. Diese Neuausrichtung zeigt sich in der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung in den OECD-Ländern. Sie zeigt sich außerdem in China, wo die Produktivität in vielen Sektoren des verarbeitenden Gewerbes gesteigert wurde, indem das Land durch ausländische Direktinvestitionen und die Einfuhr von Investitionsgütern und Bauteilen Zugang zum globalen Wissen erhielt.

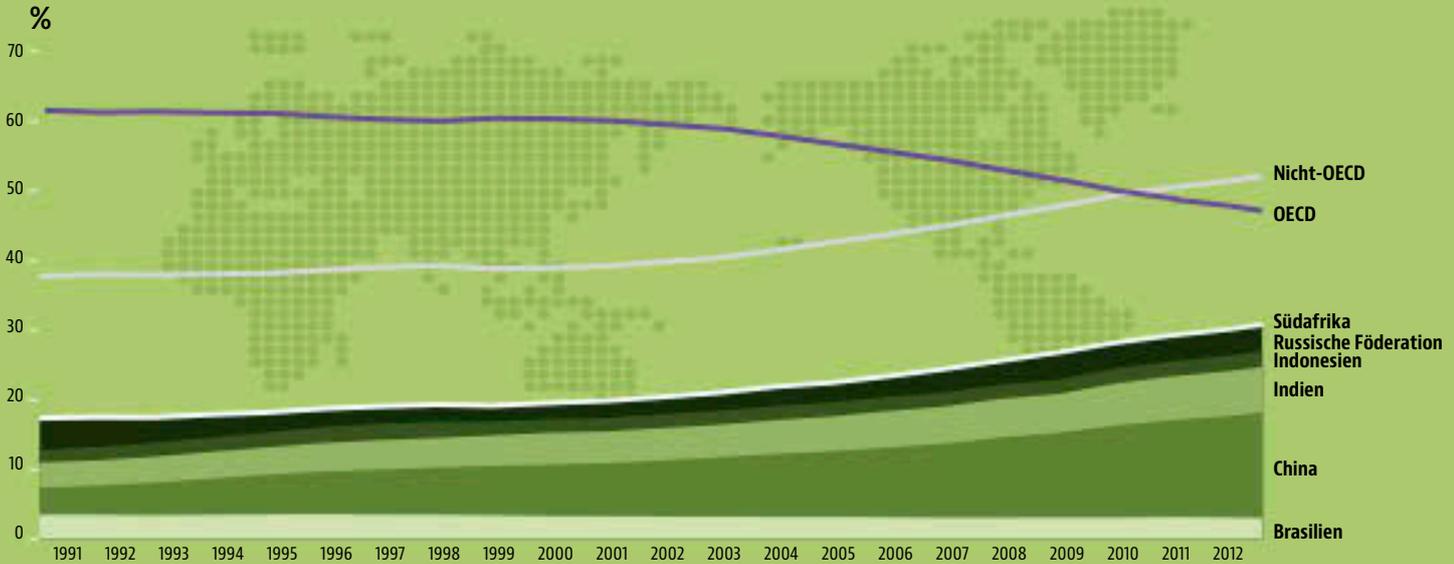
**Die Produktivität steigt jedoch nur langsam:** Eine andauernde Konvergenz erfordert eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums. Das Produktivitätswachstum leistete in den letzten zehn Jahren in vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe nur einen geringen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Es war darüber hinaus nicht stark genug, um den enormen Produktivitätsrückstand gegenüber den fortgeschrittenen Ländern deutlich zu verringern. In Brasilien, Mexiko und der Türkei hat sich der Abstand sogar noch vergrößert. Im Gegensatz dazu war in China ein beeindruckendes Produktivitätswachstum zu verzeichnen: Die Arbeitsproduktivität stieg um rd. 10 % pro Jahr, und die Gesamtfaktorproduktivität stieg im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor jährlich um mehr als 7 %. Indien verzeichnete in den letzten zehn Jahren ebenfalls einen deutlichen Anstieg der Gesamtfaktorproduktivität, wengleich der Abstand zwischen Indien und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nach wie vor erheblich ist.

**Einige traditionelle Antriebskräfte des Wachstums verlieren an Bedeutung:** Produktivitätswachstum ist besonders wichtig, weil viele Länder der mittleren Einkommensgruppe die Vorteile, die Volkswirtschaften der unteren Einkommensgruppe normalerweise besitzen, nicht länger nutzen können, sobald sie die mittlere Einkommensstufe erreichen. Dazu zählen niedrige Arbeitskosten und schnelles Wachstum, das durch die auf ausländischen Direktinvestitionen beruhende Entwicklung von Exportbranchen angetrieben wird. Darüber hinaus wird das Wachstum in den Ländern der mittleren Einkommensgruppe durch die demografische Entwicklung beeinträchtigt. Der Aufstieg zu einem Land der mittleren Einkommensgruppe geht oft mit einem demografischen Wandel einher, bei dem die Sterberaten schneller zurückgehen als die Geburtsraten, wodurch der Anteil der Personen im Erwerbsalter zunimmt. Einige Regionen können noch von dieser demografischen Dividende profitieren, namentlich Südasien und Subsahara-Afrika. In anderen Regionen geht die demografische Dividende jedoch zurück.

# Aus der Statistik

## Wohlstandsverlagerung

%-Anteil des weltweiten BIP in KKP (Kaufkraftparität)



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933057419>

## Produktivitätssteigerung in Dienstleistungssektoren im Allgemeinen höher als beim verarbeitenden Gewerbe

Steigerung der Arbeitsproduktivität in Dienstleistungssektoren im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe, Änderung in %-Punkten 2002-2007



StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933058426>

# Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe sind nicht auf Kurs, sich dem Einkommen der OECD-Länder anzunähern



**Hohes Einkommen**

**Mittleres Einkommen, oberer Bereich**

**Mittleres Einkommen, unterer Bereich**

**Niedriges Einkommen**

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933057533>

<b>ISO-Codes</b>	AGO Angola	BTN Bhutan	DZA Algerien	IRQ Irak	MEX Mexiko	PLW Palau	SYC Seychellen	TUR Türkei
	ARM Armenien	CHN China	GEO Georgien	KAZ Kasachstan	MNG Mongolei	ROM Rumänien	THA Thailand	UKR Ukraine
	AZE Aserbaidtschan	CMR Kamerun	GRD Grenada	KEN Kenia	MYS Malaysia	RUS Russische Föderation	TKM Turkmenistan	VNM Vietnam
	BGR Bulgarien	COG Kongo	HUN Ungarn	LCA St. Lucia	NGA Nigeria	SEN Senegal	TON Tonga	ZAF Südafrika
	BLR Weißrussland	COL Kolumbien	IDN Indonesien	LKA Sri Lanka	PAN Panama	STP São Tomé und Príncipe	TUN Tunesien	
	BRA Brasilien	DOM Dominikanische Republik	IND Indien	MDA Moldawien	PER Peru			

## Produktivität – die nächste Herausforderung

### Die Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe können die Produktivität durch folgende Maßnahmen steigern

**Kontinuierliche Diversifizierung zu Gunsten von Sektoren mit höherer Wertschöpfung in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen:** In Ländern der mittleren Einkommensgruppe mit steigenden Löhnen und großen Rohstoffvorkommen ist Diversifizierung besonders wichtig.

**Innovation durch die Nutzung globalen Wissens und die Entwicklung inländischer Kapazitäten:** Selbst die weiter fortgeschrittenen Länder der mittleren Einkommensgruppe haben im technologischen Bereich noch erhebliches Aufholpotenzial. Neben einer besseren Integration in das globale Handelssystem und der Erschließung ausländischen Wissens durch Handel, ausländische Direktinvestitionen sowie andere Mittel sollten die Länder außerdem ihre Innovationskraft stärken, um neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, die besser auf ihre eigenen Bedürfnisse zugeschnitten sind, und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

**Reform der Produkt-, Arbeits- und Finanzmärkte sowie Kompetenzentwicklung:** In vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe wird die Entwicklung wettbewerbsfähiger innovativer Unternehmen oft durch ein unzureichendes regulatorisches Umfeld und fehlende Kompetenzen beeinträchtigt.

**Förderung wettbewerbsfähiger Dienstleistungssektoren:** Der inländische Dienstleistungssektor kann wachsen, um die Nachfrage der wachsenden Mittelschicht zu befriedigen. Er kann außerdem die Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes erhöhen und eine Quelle für Exporteinnahmen sein.

### Sie können darüber hinaus die „alten“ Antriebskräfte des Wachstums durch folgende Maßnahmen weiter nutzen

**Verlagerung des Faktors Arbeit zu Sektoren mit höherer Produktivität:** Viele Länder der mittleren Einkommensgruppe, darunter Indien, Indonesien, Iran und Malaysia, können weiterhin Nutzeffekte erzielen, wenn in der Landwirtschaft, im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich tätige Arbeitskräfte in Branchen mit höherer Produktivität wechseln.

**Ausschöpfung des durch Faktorakkumulation angetriebenen Wachstums:** Die meisten Länder der mittleren Einkommensgruppe haben noch Spielraum, den Arbeitseinsatz und die Akkumulation von Human- und Sachkapital zu verbessern. Darüber hinaus kann die Effizienz des Produktionsfaktoreinsatzes verbessert werden.

### Sie können die Nutzeffekte des Wachstums durch folgende Maßnahmen besser verteilen

**Sicherung der Chancengleichheit:** In vielen Ländern der mittleren Einkommensgruppe ist Armut nach wie vor weit verbreitet, und/oder die Einkommensungleichheit ist in den letzten

zehn Jahren gestiegen. Die Unzufriedenheit der „Mittelschicht“ über den Lebensstandard und die fehlende Mitsprache im Entscheidungsprozess hat in einigen Volkswirtschaften der mittleren Einkommensgruppe zu Spannungen geführt. Diesen sozialen Spannungen muss durch die Bereitstellung besserer öffentlicher Güter, die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen, die Schaffung von Beschäftigungschancen und mehr Mitsprache in der Wirtschaft entgegen gewirkt werden.

**Entwicklung einer effektiven Regionalpolitik zur Förderung eines ausgewogeneren Wachstums und Verringerung der regionalen Disparitäten:** Dies erfordert die Identifizierung regionaler Wettbewerbsvorteile und die Ausrichtung der öffentlichen Dienstleistungen auf die lokalen Bedürfnisse mit der Fokussierung auf bevölkerungsreiche arme Gebiete.

**Verbesserung der Energieeffizienz und der ökologischen Nachhaltigkeit:** Die Diversifizierung hin zu weniger energieintensiven Sektoren und die Einführung energieeffizienter Technologien würden die Anfälligkeit gegenüber Energiepreisschwankungen sowie Veränderungen des Regulierungsumfelds und von Präferenzen verringern. Darüber hinaus muss der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Erarbeitung erfolgreicher Entwicklungsstrategien mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

### Sie können die Effizienz der staatlichen Verwaltung durch folgende Maßnahmen erhöhen

**Ausbau der Kapazitäten zur Formulierung und Umsetzung von Plänen:** Eine Verbesserung der Ausbildung der Staatsbediensteten und der Koordinierung zwischen den Ministerien ist von entscheidender Bedeutung, um eine effektive Planung und Umsetzung zu gewährleisten. Mutige Strategieänderungen können politisch schwierig und kostspielig sein, ohne Veränderungen sind die Folgen jedoch noch schwerwiegender. Effektive Kommunikationsstrategien und die richtige zeitliche Planung und Abfolge sind entscheidend, um eine breite Unterstützung der Beteiligten für die Umsetzung dieser Reformen zu gewinnen.

#### WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

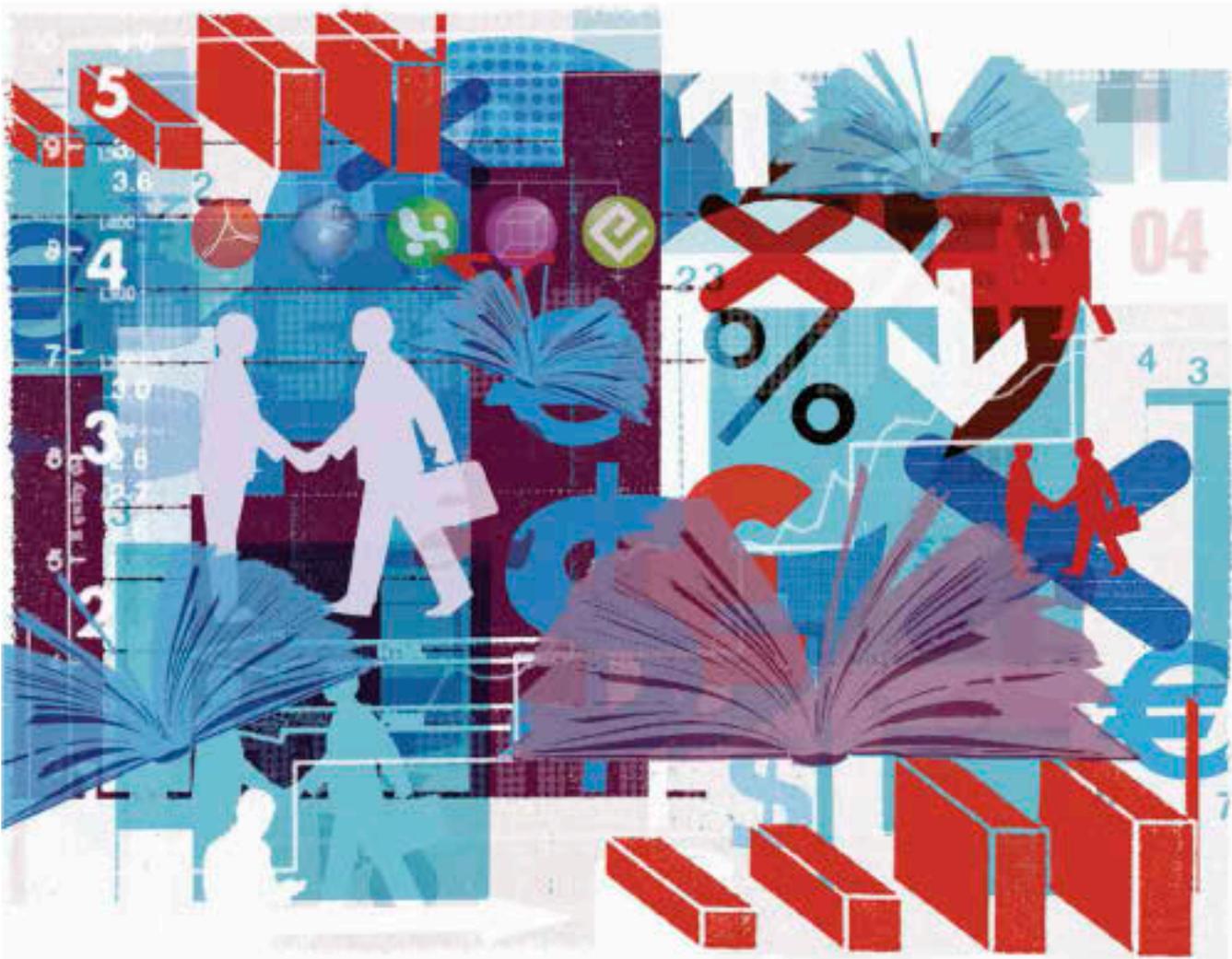
- *African Economic Outlook 2014: Global Value Chains and Africa's Industrialisation*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/aeo-2014-en>
- *Economic Outlook for Southeast Asia, China and India 2014: Beyond the Middle-Income Trap*  
DOI: <http://dx.doi.org/10.1787/saeo-2014-en>
- *Perspectives on Global Development 2014: Boosting Productivity to Meet the Middle-Income Challenge*  
DOI: [http://dx.doi.org/10.1787/persp\\_glob\\_dev-2014-en](http://dx.doi.org/10.1787/persp_glob_dev-2014-en)

BETTER POLICIES FOR BETTER LIVES

OECD*iLibrary*

## Die Online-Bibliothek der OECD

Über eine 1 Million Downloads pro Monat!



[www.oecd-ilibrary.org](http://www.oecd-ilibrary.org)

2./3. JUNI  
2015

# OECD FORUM 2015

Die wichtigste öffentliche Veranstaltung der OECD, die unmittelbar vor dem jährlichen Haupttreffen der Minister abgehalten wird.

Diskutieren Sie mit uns die vordringlichsten Themen der globalen Agenda, und tauschen Sie sich mit der politischen Führung aus.

**Merken Sie sich den Termin vor!**

[www.oecd.org/forum](http://www.oecd.org/forum)